

Budji 178

178
1634

Graf Beust,

Oesterreichs Neutralitäts - Politik,

und das künftige

Verhältniß der österreichisch-ungarischen
Monarchie
zu Deutschland.



9.

Pest, 1870.

Ludwig Aigner.

Lib 132 227 61892

Georg Meissner

Georg Meissner

und des

Georg Meissner

Georg Meissner

Georg Meissner

Georg Meissner

Georg Meissner

1870

Georg Meissner

Dem mackeren deutschen Patrioten

Nicolaus Humboldt

Reichsrath, Abgeordneter des n.-ö. Landtages, Ritter des k. k. österreichischen
Ordens der eisernen Krone, Präsident des Wiener Männer-Gesangsvereines,
Curator des k. k. Museums für Kunst und Industrie, Vorstand des öster-
reichischen patriotischen Hilfsvereines ic. ic.

achtungsvoll gewidmet

vom Verfasser.

Der deutsche Reichstag



Der Reichstag ist das höchste Organ der deutschen Nation. Er besteht aus den Mitgliedern der Bundesversammlung und den Abgeordneten der Landesparlamente. Er hat das Recht, Gesetze zu beschließen, den Reichshaushalt zu bewilligen und die Regierung zu kontrollieren.

Reichstag, Berlin

Reichstag, Berlin

Wohl noch niemals hat sich die Politik der österreichischen Regierung so völlig im Einklange mit der Mehrzahl der Bevölkerung der verschiedenen Länder und Königreiche befunden, niemals hat die „öffentliche Meinung“ wie sie sich in der Presse, in Vereinen, in der öffentlichen Diskussion laut und unzweideutig äußerte, eine solche aufmerksame Beobachtung, eine so sorgfältige Berücksichtigung von Seite des mit der äußeren Politik betrauten ersten Ministers gefunden, als in den letzten Monaten, dem deutsch-französischen Kriege gegenüber. In dem unglückseligen Fünfziger Decennium brachte es das herrschende absolutistische System mit sich, daß die damaligen Machthaber sich wenig um die Stimmen der Bevölkerung bekümmerten. Die Presse war getnebelt, eine Volksvertretung existirte ebenso wenig als eine Controlle der Staatsfinanzen. Man schaltete und waltete nach Belieben, und verausgabte für unnütze, sich bald nachher als unbrauchbar erweisende Kasernen- und Fortifications-Bauten Millionen!

Man war ja Niemanden Rechenschaft schuldig, und besaß überdies einen Finanzminister, der, obgleich als geborener Preuße und Protestant, in den meisten damals tonangebenden Kreisen persönlich mißliebig, durch seine Genialität jederzeit die erforderlichen Geldmittel antrieb, um die Kriegs- und Militär-Gelüste hoher Herren nach Wunsch zu befriedigen. Auf wessen Kosten, durch welche Mittel dies bewerkstelligt wurde, — wer fragte damals nach solchen Kleinigkeiten! Unter dieser Willkürherrschaft war es möglich, daß Graf Buol-Schauenstein in dem Krimkriege eine Politik der „bewaffneten Neutralität“ durchführen konnte, welche dem Kaiserstaate mehr als 600 Millionen Gulden kostete, jedoch nicht den geringsten Vortheil, wohl aber bedeutende Nachtheile brachte. Denn dieser weder kalten noch warmen Politik verbandte es Oesterreich, daß Rußland, dessen Andern man durch die Besetzung der Donauflussthümer unterbunden hatte, der unversöhnlichste Gegner und Todfeind Oesterreichs wurde, während es die Westmächte sich nicht zu Feinden gemacht hatte. Diese unglückselige Schaukelpolitik Buols legte aber auch den Keim zu dem wenige Jahre später her-

einbrechenden austro-französischen Kriege, der mit den furchtbaren Niederlagen von Solferino und Magenta und der natürlichen Folge dieser äußeren Unglücksfälle: dem Anfange unseres inneren Zersetzungsprozesses endete. Einen bewährten, wenn auch freilich nicht uneigennütigen Freund für einen zweifelhaften, traditionell österreich feindlichen und schon durch seinen Privatcharakter, seine Antecedentien völlig unzuverlässigen Bundesgenossen opfernd — glich die Vuol'sche Politik jenem unvernünftigen Hunde der Fabel, der das Stück Fleisch, das er im Munde hält, fallen läßt, weil er durch den Wasserspiegel getäuscht, ein größeres Stück zu erhaschen glaubt, und auf diese Weise Beide verliert. Diese unglückselige Politik, welche eigentlich — wenn man den Dingen auf den Grund folgt — die Genesiss unserer ganzen späteren Verwicklungen und Unglücksfälle wurde, mußte den Staatsmännern, die im Hochsommer dieses Jahres die Geschicke Oesterreichs zu leiten berufen waren, als warnendes Exempel vor Augen stehen. Alermals war ein großer gewaltiger Krieg dem nahen Ausbruche nahe, ja der Kampf zwischen den beiden ersten Militärstaaten Europas war bereits unvermeidlich geworden, als an Oesterreich die Frage heran trat: welche Stellung es einnehmen sollte; ob es zu Gunsten des Einen oder des Andern in die Aktion treten, — was unter den gegenwärtigen Verhältnissen so viel hieß, als Alles auf eine Karte zu setzen, — oder ob es ein aufmerksamer Beobachter, ruhiger wenn auch nicht gleichgiltiger Zuschauer bleiben sollte. Das Kriegstheater lag, wie damals zur Zeit des Krimkrieges uns ferne, und wenn auch unsere Interessen durch den Ausgang des Krieges — wie er immer sein mochte — nahe tangirt wurden, so war doch kein zwingender oder dringender Grund vorhanden, sofort sich über Hals und Kopf, bewaffnet — oder vielmehr unbewaffnet — in den Krieg zu stürzen. Oesterreich konnte in jedem Falle warten, abwarten wie die eisernen Würfel fallen, auf welche Seite der streitenden Parteien sich die Chancen des Glücks wenden würden, denn zunächst war es nicht direkte bedroht. Keiner der kämpfenden Theile war in der Lage es zur Theilnahme an dem Kriege zu zwingen, jeder Theil hatte mit sich selbst genug und so Viel zu thun, daß er uns nichts anhaben konnte, und in unsere Entschließungen nicht einzugreifen im Stande war.

Heute, wo wir dem Ende des Krieges — aller menschlichen Voraussicht nach — näherstehen, und bereits so ziemlich genau den Preis des Sieges und den Gewinn des Siegers kennen, scheint es nicht mehr verfrüht zu sein, die Politik Oesterreichs vom Beginn des Krieges bis

zum heutigen Tage einer Prüfung zu unterziehen und die Frage aufzuwerfen, ob die strikte und völlig inaktive Neutralitäts-Politik Oesterreichs eine verfehlte, eine unrichtige, oder ob sie eine für die österreichisch-ungarische Monarchie vortheilhafte und kluge gewesen ist.

In einem anderen Lande wäre dies wohl jetzt, nachdem die Thatfachen deutlich genug gesprochen haben, völlig überflüssig. Da wir jedoch in Oesterreich leben, wo die Logik noch lange nicht ein Gemeingut des Volkes ist, und daher selbst die „unerbittliche Logik der Thatfachen“ noch lange nicht allgemein anerkannt wird, wo vielmehr die innere Zerfahrenheit und der Parteihader blind und ungerecht machen, der Pessimismus so sehr den Staatskörper angegriffen hat, daß selbst unbestreitbare Erfolge bekräftigt und in Frage gestellt werden, in einem solchen Lande, unter solchen Verhältnissen ist es nothwendig, tiefer in die Frage einzudringen, uns die Ereignisse unmittelbar vor Beginn des Krieges zu recapituliren und weniger mit Worten als durch Thatfachen nachzuweisen, daß die von der österreichischen Regierung eingeschlagene, und (trotz aller lodenden Anbote, Warnungen und Drohungen von Außen und mächtigen, dagegen ankämpfenden Bestrebungen im Innern) diesmal konsequent festgehaltene Politik, eine den Interessen des Gesamtstaates wie der einzelnen Völker völlig entsprechende gewesen ist. Diese für Oesterreich Ungarn wie für das zum Kampf herausgeforderte deutsche Volk vortheilhafte Politik in den verschiedenen Phasen zu beleuchten, manche dunkle Punkte und bis heute noch nicht aufgeklärte Episoden zu erklären und zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, soll Aufgabe dieser Schrift sein.

Dieselbe bezweckt aber auch die häufig in der Presse Norddeutschlands widerkehrenden Unrichtigkeiten und Beschuldigungen der österreichischen Politik, namentlich die ganz ungerechtfertigten Verdächtigungen des österreichischen Reichskanzlers Graf Beust zu widerlegen, und durch Beseitigung des noch hier und da fortwuchernden Mißtrauens gegen die österreichische Politik zur Vesserung der Befestigung der bereits angebahnten freundschaftlichen und engeren Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen beizutragen.

Der Verfasser bekennt sich vom Vorneherein zu der Ansicht, daß er in dem ruhmvollen, entschiedenen Siege der deutschen Waffen und dem aus demselben in nächster Zeit zweifelsohne hervorgehenden Resultate der frasseren Einigung Deutschlands unter Preußens Führung durchaus keine Gefahr oder Beunruhigung für den Bestand oder die

Machtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie erblickt, vielmehr die Vollendung und über alle Erwartung schnelle Durchführung des seit 1866 unaufhaltbaren deutschen Unifications-Prozesses vom Standpunkte der Civilisation und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit warmer Theilnahme und Sympathie begrüßt.

Dieses Bekenntniß, und den aufrichtigen Wunsch: Oesterreich-Ungarn möge mit dem preussisch-deutschen Reiche im Interesse des europäischen Friedens und der beiderseitigen Völker jederzeit Hand in Hand gehen, schickt der Verfasser seiner Schrift voraus, um die Leser über seine politischen Gesinnungen nicht im Zweifel zu lassen, um so mehr, als er hie und da im Interesse der Sache, die seine Schrift vertritt, der nord-deutschen Presse manchen bitteren Vorwurf nicht wird ersparen können. Vergegenwärtigen wir uns im Nachfolgenden die Phasen des Krieges und der Politik der österreichischen Regierung.

I.

Oesterreichs Vermittlungs-Politik vor Ausbruch des Krieges.

Wie die ganze Welt, traf auch die österreichisch-ungarische Monarchie der Ausbruch des Krieges völlig unvorbereitet und unerwartet. Wer konnte sich nach den eminent friedlichen honig-süßen Worten Emil Olliviers, welche dieser noch am 30. Juni in der Kammer sprach, wer nach dem für Louis Napoleon so günstigen Ausfall des Plebiscits träumen lassen, daß schon wenige Wochen nachher, die weiche Moll-Tonart des Großsiegelbewahrers einen jähen Uebergang in die rauhen dur-Accorde des rachschnaubenden Due de Grammont nehmen, und das europäische Concert so grelle Dissonanzen zu hören bekommen werde.

Noch zwischen dem 12. und 15. Juli glaubte man in Wien fest an die Fortdauer des Friedens. Man konnte sich in den Gedanken noch nicht hineinleben, daß ob einer so erbärmlichen Nebenfrage wie die — übrigens bereits definitiv beseitigte Candidatur des Erbprinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron — ein Krieg von unabsehbaren Folgen entbrennen könnte. Nach der officiellen Zurückziehung der Candidatur athmete man wie nach einem schwerem Traume auf, aber nur wenige Tage sollte der schöne Wahn dauern, daß der allen europäischen Staaten — etwa Frankreich ausgenommen — so unentbehrliche Friede erhal-

ten bleiben könnte. Schon am 17. Juli betrachtete man es in Wien als traurige Gewißheit, daß der Krieg unvermeidlich sei, daß Frankreichs Verblendung und Uebermuth sich mit der von allen Staaten als genügend erachteten Satisfaction, die der König von Preußen dem Kaiser der Franzosen gegeben hatte nicht begnügen werde, mit einem Worte, daß sowohl Napoleon als seine jüngsten Lieblinge und Rathgeber den Krieg wollten, und um jeden Preis wollten. Was blieb also Oesterreichs Regierung anders zu thun übrig als zu vermitteln, an den beiden theiligten Höfen namentlich aber in Paris dringende Vorstellungen zu machen, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Dem Grafen Beust wird gewiß Niemand Unthätigkeit zum Vorwurf machen, sonst wird ja gerade seine allzugroße Beweglichkeit und unruhige fieberhafte Thätigkeit bekräftigt.

Er legte auch diesmal die Hände nicht in den Schooß, er that was er thun konnte, mündlich und schriftlich ließ er es an Versuchen nicht fehlen, Frankreichs Regierung zur Besonnenheit zu mahnen, aber was nützen da alle Vorstellungen, was fruchtete der bestgemeinte freundschaftliche Rath, wo die Leidenschaften bereits derart erhitzt und die Neigung Krieg zu führen eine so starke und unanshaltbare war, daß der sonst schlane Olivier mit beispiellosen Cynismus in der Kammer erklärte: „Wir haben den Krieg vorbereitet“ &c., und damit das offizielle Einverständniß machte, daß Frankreich allein die volle Schuld an den kommenden Ereignissen trage? Graf Beust's warnende Stimme blieb in Paris ebenso ungehört, als jene der Vertreter Rußlands und Englands, mit welchen er in vollem Einverständniß handelte. Was dem österreichischen Reichskanzler in der Luxemburger Frage gelang — die Erhaltung des Friedens — das war heute bei der Aufgeregtheit und völlig zum Wahnsinn gesteigerten Exaltation und Kriegslust der französischen Regierungskreise eine vergebliche Sache. In Berlin fanden Grafen Beust's Vermittlungsversuche eine günstigere Aufnahme.

Herr v. Thile, der als Stellvertreter des noch in Barzin sein otium cum dignitate genießenden Grafen Bismarck mit dem Vertreter Oesterreichs conferirte, zeigte große Geneigtheit die Vermittlung Oesterreichs anzunehmen. Aber gar bald zeigte sich's, daß selbe gegenstandslos sei, — denn Frankreich wollte absolut nichts mehr von Vermittlung hören, und Graf Beust konnte nicht umhin dem französischen Chargé d'Affaires in Wien sein tiefes Bedauern über die Hartnäckigkeit, womit Frankreich auf seiner

von Preußen unerfüllbaren nachträglichen Bedingung verharre, auszudrücken.

Dem preussischen Gesandten General von Schweinitz gegenüber, der dem Reichskanzler mittheilte, daß seine (die preussische) Regierung leider nicht in der Lage sei die Vermittlung Oesterreichs annehmen zu können, da Frankreich jede Geneigtheit zu unterhandeln fehle, wiederholte Graf Beust sein Bedauern über diese unbillige und unerfüllbare Forderung der französischen Regierung. Versöhnlicher und ehrlicher konnte die Politik des Reichskanzlers nicht sein, und weit entfernt Frankreich etwa in seinem Widerstande zu ermuntern oder der französischen Regierung auch nur die geringste Unterstützung zuzusagen, gab Graf Beust allseits deutlich zu verstehen, auf wessen Seite — seiner Meinung nach — die Unversöhnlichkeit, das Heransfordernde sei, sowie er seine Ansicht nicht verhehlte, daß der König von Preußen dem an ihn gestellten Ansinnen nicht Folge werde leisten können, weil ein Fürst, der über Hunderttausende von Bajonetten verfüge und bereits im Wesentlichen nachgegeben habe, sich nicht einer derartigen Demüthigung unterziehen könne. Sowohl Fürst Metternich als der französische Geschäftsträger in Wien werden die französische Regierung wohl kaum in Ungewissenheit über die Ansichten des Reichskanzlers gelassen haben. Im Privatgespräch soll Graf Beust einem Diplomaten gegenüber sich geäußert haben, daß er zwar niemals den Herzog von Grammont, den er persönlich hochschätze und dem er nach wie vor freundschaftlich geneigt sei, für einen „großen Diplomaten“ gehalten habe, daß er aber nichts desto weniger ihm niemals eine solche Taktlosigkeit und eine so ungeschickte Herausforderung des persönlich leutseligen Königs von Preußen zugetraut hätte.

„Grammont und noch mehr Benedetti, der als ein geliebener Diplomat galt, — meinte Graf Beust — müßten die Köpfe verloren haben, sie Beide geben Preußen, ja ganz Deutschland die Waffen in die Hand. In einer solchen Zumuthung an den König von Preußen liegt — fuhr Graf Beust fort — eine Herausforderung ganz Deutschlands und ich fürchte sehr, Deutschland wird den ihm hingeworfenen Handschuh nicht liegen lassen. Weit entfernt eine active Hilfe Oesterreichs Frankreich in Aussicht zu stellen, was schon bei der politischen Lage der Monarchie, der Abneigung Ungarns Krieg zu führen, der Unfertigkeit der Armee-Reorganisation, der völligen Unvorbereitheit, der nicht einmal auf vollem Friedensstande befindlichen Armee unmöglich gewesen

wäre, zerstörte Graf Beust vielmehr die Illusionen französischer Kreise auf eine Frankreich freundliche oder auch nur neutrale Haltung der süddeutschen Staaten *), auf welche die Verblendung Napoleons und seiner Räthe fest und sicher rechnete, während Graf Beust besser informiert war und schon am 12. Juli eine Action des Südens gegen Frankreich im Falle des Krieges mit Bestimmtheit voraussagte.

Mit richtigem Scharfblick beurtheilte Graf Beust die Situation, und sah er die Dinge kommen, wie sie kamen. Es ist daher ebenso lächerlich als anmaßend, wenn gewisse Kreise es dem Grafen Beust verübeln, daß er nicht vor Ausbruch des Krieges anders gehandelt und „mehr Energie“ entfaltet hätte. Dem Ausbruche des Krieges gingen nicht so viel Tage als sonst Monate voran, und es blieb der österreichischen Regierung somit nicht einmal Zeit — viele Noten zu schreiben, was man ja sonst dem Grafen als „zu bewegliche Geschäftigkeit“ verargt, und was in diesem Falle auch nichts geschnitten haben würde. Frankreichs große Staatsmänner (!) würden auch eine dritte und vierte Note des österreichischen Reichskanzlers einfach ad acta gelegt haben. Sie selbst hatten ja die Feder längst bei Seite gelegt und mit dem Schwert vertauscht, so daß der norddeutsche Bundeskanzler Graf Bismarck im norddeutschen Reichstage die merkwürdige und in ihrer Art gewiß einzige Thatsache mittheilen konnte, daß die preussische Regierung von der französischen in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten hat, nämlich die Kriegserklärung.

Wenn also in Frankreich Stimmen laut wurden, welche sich über Oesterreichs „Undank“ (!) beklagten, und der österreichischen Politik zum Vorwurf machten, daß sie Frankreich „getäuscht“ und im Stiche gelassen habe, so müßte man eine solche Beschuldigung geradezu unverschämt nennen, wenn nicht die durch die traurigen Schicksalsschläge leicht begreifliche Gereiztheit der sanguinischen Nation uns eine Entschuldigung für solche Selbstvorspiegungen finden lassen würde. Vor Allem schuldet Oesterreich Frankreich durchaus keinen Dank. Es hat uns bei „Solferino und Magenta“ ebenso sehr beschädigt als Preußen bei „Sadowa“, und hat Letzteres durch seine völlig passive — Preußen in seiner Aggression ermunternde — Haltung jedenfalls mit herbeiführen geholfen. Was Frankreichs Vermittlung in Nikolsburg betrifft, so lag selbe mehr noch in seinem als im österreichischen Interesse. Frankreich indem es die Main-

*) Wir kommen später ausführlicher auf diesen Punkt zurück.

Linie aufstellte war es weniger darum zu thun Oesterreich vor weiteren Unfällen zu bewahren, als vielmehr im selbstischen Interesse einen noch größeren Machtzuwachs Preußens zu verhindern. Alles das haben die berüchtigten Enthüllungen der französisch-preussischen Diplomatie, der dem blutigen Kampfe vorausgegangene mehrwöchentliche Federkrieg klar und deutlich bewiesen.

Aber ebenso wenig als „Dank vom Haus Oesterreich“ hatte Frankreich sonst Etwas von Oesterreich zu fordern. Die Interessen beider Staaten waren in vielen Fragen identisch und dies führte eine Annäherung beider Staaten und nahezu intime freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiderseitigen Cabineten herbei, aber über diese Intimität hinaus kam es niemals. Oesterreich hatte im Sinne der von ihm festgehaltenen Politik der Versöhnung sowohl Solferino als Sadowna vergessen und zu den beiden Staaten, die es schwer schädigten, gute Beziehungen gesucht. Frankreich näherte sich uns herzlicher als Preußen, das selbst nach dem Friedensschlusse eine zugeknöpfte und zeitweise auch feindselige Haltung beobachtete, wie z. B. die Werther'sche Krönungs-Depesche beweist. So kam es, daß Oesterreich's Beziehungen Frankreich einen aufrichtig herzlichen Charakter erhielten, während Preußen in ähnlichem Verhältniß zu Rußland stand. Alles aber was von einer engeren Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich gabelt wurde gehörte in den Bereich der Combinationen oder Erfindungen. Weder in Salzburg noch in Paris haben irgendwelche definitive Abmachungen stattgefunden, höchstens beschränkte man sich auf *Pourparlers* für gewisse Eventualitäten im Orient oder vielleicht auch in Deutschland.

Man mag französischerseits angefragt haben, was Oesterreich thun würde, falls Preußen gewaltsam gegen den Willen der süddeutschen Staaten die Mainlinie überbrückend diese dem Nordbund einverleiben würde. Die österreichische Antwort würde dann etwa dahin gelautet haben, daß Oesterreich eine solche flagrante Verletzung des Prager Friedens wahrscheinlich nicht ruhig hinnehmen würde, jedoch sich nicht zu einer bindenden Verabredung in Bezug auf seine Aktion veranlaßt fühlen könne, und zwar schon deshalb nicht, weil eine solche Eventualität bei der besonnenen und nüchternen Politik Preußens nicht wahrscheinlich sei. Hatte ja doch Graf Bismarck in ziemlich deutlichen und keinen Zweifel zulassenden Worten ähnliche Wünsche Badens und der national-liberalen Fraktion des norddeutschen Reichstags zurückgewiesen.

Solcher Meinungsanstand konnte vielleicht damals stattfinden. Heute liegen jedoch die Dinge jedenfalls anders. Wenn heute der Main überbrückt ist, so ging die Initiative vom Süden Deutschlands — von Regierungen und Völkern — selbst aus. Diese waren es, die mit fliegenden Fahnen zu Preußens Unterstützung herbeieilten und nicht Preußen, nicht etwa Preußens aggressive Politik, sondern einzig und allein das herausfordernde, bedrohende und unverantwortliche Vorgehen Frankreichs hat diesen noch vor drei Monaten für unmöglich gehaltenen freiwilligen Anschluß des Südens an den Norden zu Stande gebracht.

Graf Beust's Politik vor Beginn des Krieges war demnach — wie wir durch Thatfachen nachgewiesen haben — eine ebenso ehrliche als correcte. Frankreich allein trifft die Schuld, daß Oesterreich nicht im Stande war zu seinen Gunsten Schritte zu thun. Die französische Regierung hat die ihr von Oesterreich dargebotene Freundeshand schüßel zurückgewiesen, und jede Vermittlung von vorneherein unmöglich gemacht. Im Verlaufe dieser Schrift werden wir zeigen, daß Graf Beust's Politik auch Preußen gegenüber so wie überhaupt — nach Beginn und im Verlauf des Krieges, — eine eben so ehrliche, correcte, durch die Verhältnisse dringend gebotene, ja überhaupt die einzig mögliche Politik für Oesterreich war.

II.

Graf Beust und die süddeutschen Staaten.

Die Gegner der Politik des Grafen Beust machten denselben häufig zum Vorwurfe, daß Oesterreich nicht sofort vor Beginn des Krieges im Verein mit Frankreich einen Druck auf die süddeutschen Staaten geübt habe, um selbe von dem Anschluß an Preußen abzuhalten, und zum Bruch der mit diesem Staate eingegangenen Schutz- und Trutzhündnisse zu bestimmen. Es zeigt das eben ein vollkommenes Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse und ein völliges Unterschätzen des nationalen deutschen Geistes, der im Süden Deutschlands, unter Umständen noch stärker und intensiver zum Durchbruch gelangt als in dem kälteren bedächtigeren Norden. Oberflächliche Beurtheiler haben nach einzelnen Ausbrüchen des rohen unverständigen Preußenhasses in Bayern, oder aus urwüthigen nativistischen Kundgebungen in demokratischen

Conventikeln und ultramontanen Winkelblättern einen Schluß auf die wirkliche Stimmung der Bevölkerung gezogen.

Es haben sich einige Individuen gefunden, die mit französischem Gelde gekauft kleine Winkelblätter gründeten und in maß- und schamloser Weise Verrath an der deutschen Nation predigten. Aber diese Subjecte als Repräsentanten auch nur eines namhaften Bruchtheiles der Bevölkerung zu betrachten, hieße die wahre Sachlage sehr falsch beurtheilen. In ruhigen gewöhnlichen Zeitläufen verachtet oder belacht man solche Subjecte, da ihr Einfluß zu gering ist um zu schaden, sobald aber eine ernstere Epoche eintritt, wie die gegenwärtige, übernimmt die Bevölkerung selbst das Amt des Richters und übt an diesen gewöhnlich eben so feigen als schlechten Wichten wohlverdiente Lynchjustiz. In Wahrheit standen die Dinge im Süden Deutschlands ganz anders als sie in derlei Parteiblättern geschildert wurden.

In Baden zweifelte Niemand an der Bundesstreue von Fürst und Volk. Hessen-Darmstadt, dessen Premierminister Herr v. Dalwigk man allerdings unter weniger günstigen Verhältnissen gerade nicht die korrekteste Haltung zumuthen durfte, war durch die Militär-Convention, die es mit Preußen abgeschlossen hatte an Preußen gebunden. Die größere Hälfte des Landes gehörte bereits dem Nordbunde an, und Mainz war in den Händen Preußens. Blicben nur noch Bayern und Würtemberg. In Bayern schien es als ob die Dinge nicht am besten stünden. Der größte und intelligenteste Theil des Volkes, sowie der jugendliche mit den herrlichsten Gaben des Geistes und Herzens ausgerüstete König waren stets bundesstren und deutsch gesinnt. Aber eine sehr sonderbare Coalition aus den heterogensten Elementen gebildet, und nur in einem Punkte in dem fanatischen Preußenhass einig, sonst in den meisten Fragen ganz verschiedenartige Ziele verfolgend, drohte bis ganz vor Kurzem, das in schwerer Stunde mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß über den Haufen zu werfen. Die Spitzen der „patriotischen Partei“ — so nannte sich die Coalition — bildeten einerseits der Demokrat Kolb, andererseits befangene Politiker, die weniger große kirchliche als vielmehr engherzige Kirchthürms-Interessen verfolgten. Bei den letzten Wahlen war es durch eine geschickte Agitation und sehr weit gehende Compromisse der „patriotischen Partei“ gelungen, eine unbedeutende Majorität — von nicht mehr als 7 Stimmen — zu erringen, und mit Hilfe der Reichsrathskammer, in welcher sehr viel alter verschuldeter Erbadel, aber sehr wenig Intelli-

genz Sitz und Stimme hat, den Ministerpräsidenten und Leiter der auswärtigen Politik Fürst Hohenlohe nebst zwei anderen Ministern zu verdrängen.

An der letzteren Stelle trat der bisherige Gesandte in Wien, Graf Bray Stainburg, dessen Amtsantritt die sogenannten „Patrioten“ mit Jubel begrüßten. Aber das Jubelgeschrei war verfrüht. Es war nur ein Personen- keineswegs ein System-Wechsel. Graf Bray verfolgte im Großen und Ganzen die Politik seines Vorgängers und war weit entfernt dem König den Rath zu ertheilen sein Wort zu brechen, und einen bilateralen Vertrag der Bayern, ebenso viel Schutz und Vortheile als Pflichten auferlegte, einseitig und willkürlich zu verlegen. Der König von Bayern ist ein Ehrenmann, und eine ideale echt deutsche Natur. In seinen Adern rollt deutsches Blut. Er zeigte sich bei jeder Gelegenheit als würdiger Enkel seines unvergeßlichen Großvaters Ludwig I., der mit Recht sich der „Deutschen Teufelshexe“ nennen durfte. Ludwig I. hatte es erfahren wie schmerzlich es für einen deutschen Fürsten ist, einem fremden Despoten Kriegsdienste leisten zu müssen.

Nie und nimmer würde Ludwig II. deutsches Herz es über sich gebracht haben, für den Erbfeind Deutschlands das Schwert zu ziehen. Er sprach sich vor etwa vier Wochen, als die Debatte über den Militär-Etat begann, dahin aus, daß er lieber seine Krone niederlegen als einer Schwächung der Wehrkraft Deutschlands und Bayerns seine Unterstützung leihen würde. Doch war dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Gar bald trat in der künstlich zusammengewürfelten patriotischen Partei eine Spaltung ein. Die enfants terribles der Partei: der Militär-Curas Lucas, und der Redacteur Bucher in Passau, welche schon in Berlin während der Zollparlaments-Session durch ihr unparlamentarisches, allen Begriffen der Bildung und des Anstandes Hohn sprechendes Benehmen unmöglich geworden, und von ihrer eigenen Partei, namentlich der Herren v. Schrenk, Thüngen, Kurz, Sepp &c. in entschiedenster Weise desavouirt worden waren, trieben derartige Maßlosigkeiten, daß die besseren Elemente der Partei wie ein Weis, Jörg, Sepp, Guttler sich auch hier von ihnen los sagten, und ihnen nichts anderes übrig blieb, als freiwillig ihr Mandat niederzulegen. Aber auch unter den gemäßigten Elementen trat bald eine sehr große Meinungsverschiedenheit ein, die über Kurz oder Lang zum Bruch führen mußte. Da half die plötzlich hereinbrechende Katastrophe der

„patriotischen Partei“ aus ihrer Klemme und schützte sie vor Beschlüssen, die für Bayern verhängnißvoll werden könnten, und jedenfalls den Patriotismus dieser Herren in einem merkwürdigen Lichte hätten erscheinen lassen. Eben war die Kammer mit Berathung des Militär-Budgets beschäftigt, und es schien als wolle sich die Majorität der Führung Kolbs überlassen, dessen Anträge nichts Anderes bezweckten, als die Wehrkraft Bayerns zu schwächen, die kaum geschaffene Heeresorganisation zu vernichten, alle auf Grund der Allianz-Verträge geschaffenen Militär-Institutionen wieder zu beseitigen. Das Phantom des Miliz-Systems spuckte in dem Gehirne Kolbs und sehr vieler der bewährten preussischen Wehr-Institutionen abgeneigter Abgeordneten, unter welchen sich, um mit Heine zu reden, „brave Leute aber schlechte Musikanten“ d. h. einfache katholische Landgeistliche befanden, die als Priester an Pfllichteifer und Frömmigkeit nichts zu wünschen übrig ließen, von Militär-Angelegenheiten aber wenig oder nichts verstanden. Wäre der unglückselige Antrag durchgegangen, dann wäre Bayern absolut wehrlos, d. h. jedem Angriffe gegenüber kampfunfähig, und beim Heranbrechen der unausbleiblichen Katastrophe eine sichere Beute entweder Preussens oder Frankreichs geworden. Aber der Himmel schützte das Bayerland vor dem wahnsinnigen demokratisch-partikularistischen Experimente. Die Bedrohung Deutschlands durch Louis Napoleon weckte den nur schlummernden deutschen Geist in Bayern. Die nationale Strömung segte alle unlauteren und undentschen Elemente weg und riß auch die Halben und Schwankenden mit sich fort. Die patriotische Partei mußte, wenn sie nicht ihrem Namen Hohn sprechen wollte für die Ehre und Integrität des bedrohten Vaterlandes eintreten und ihre Opposition aufgeben. Der König ergriff die Initiative und erklärte den im Schutz- und Trutzbündniß vorgesehenen casus foederis vorhanden. Ohne einen Druck von Außen, ja ohne erst die Aufforderung Preussens abzuwarten, befahl Ludwig II. die Mobilisirung der bayerischen Armee. Das bayerische Volk blieb hinter seinen Fürsten nicht zurück. Der mit Prüfung des für die Kriegsführung verlangten Crediten von 18.200,000 fl. betraute Ausschuß beantragte zwar nur eine bewaffnete Neutralität, aber die Abgeordnetenkammer bewilligte die verlangte Summe mit 101 gegen 41 Stimmen.

Wie wenig die Bevölkerung mit der für eine bewaffnete Neutralität stimmenden Minorität einverstanden war, bewies der nichts weniger als freundliche Empfang dieser Herren bei ihrem

Austritt aus dem Landtagsaal *), bewies ferner die enthusiastische Demonstration, welche noch in der Nacht nach dem Kriegsvotum der Kammer vor den Fenstern des Königs stattfand, bewies endlich der großartige Empfang, welchen die Bevölkerung dem zum Oberkommandanten der süddeutschen Armee ernannten Kronprinzen von Preußen bei seinem Eintreffen in der bayerischen Hauptstadt bereitete.

Die bayerische Reichsrathskammer votirte einstimmig die verlangte Summe. Sämmtliche Prinzen des königlichen Hauses stimmten — wie es von deutschen Prinzen zu erwarten war — für Bewilligung des Kriegsbedarfes, also für den Krieg. Ebenso geschah es in Württemberg. Auch dort brachte man dem Könige Dank-Ovationen für seine unbedingte Haltung. Selbst die erbittertesten leidenschaftlichsten Gegner Preußens, wie der Redacteur des demokratischen „Beobachters“,

*) Dem Abgeordneten, Pfarrer Westermayer, ballte die entrißte Menge die Fäuste vor's Gesicht. Auch im Landtagssaale selbst entging Hr. Westermayer einer verdienten moralischen Züchtigung nicht. Als er gleichmüthig die Nichtbewilligung der geforderten Summe mit dem Hinweis auf die Leiden und Drangsale motiviren wollte, welche die zunächst bedrohte bayerische Rheinpfalz durch den Krieg treffen würden, da erklärten die Abgeordneten der Pfalz: Herr Westermayer möge sich seine Besorgniß ersparen, die Pfalz werde freudig für das deutsche Vaterland kämpfen und leiden, und kein noch so großes Opfer wäre zu groß, wenn es gälte das gemeinsame Vaterland gegen den frechen räuberischen Despoten zu schützen und den Friedensstörer zu züchtigen. Eine echt deutsche Gesinnung bewährte wie immer der würdige Professor Schupp. Auch der Redacteur des Münchner „Punch“ Herr Schleich bewies, daß seine Liebe für's gemeinsame Vaterland größer sei als seine Abneigung gegen Preußen. In der Reichsrathskammer empfahl Frh. v. Thüngen — bekanntlich der heftigste Widersacher der Allianzverträge im Jahre 1867 — mit warmen patriotischen Worten die Bewilligung des Credits. — Der König als er Jürgs Bericht und die von diesem Abgeordneten dargelegten Motive für eine bloße bewaffnete Neutralität gelesen hatte, äußerte sich: „Ich bedauere mein Volk, daß es solche Abgeordnete hat!“

Auch an anderen bezeichnenden Demonstrationen fehlte es nicht. So wurde u. A. der Redacteur des berücksichtigten „Bayerischen Vaterland“ Herr Sigl — ein allgemein verachtetes und sowohl als Literat wie als Mensch von der öffentlichen Meinung sattsam gebrandmarktes Individuum auf öffentlicher Straße nahezu das Opfer der Volksjustiz. Ein Artikel, worin er den Sieg der Franzosen über die Deutschen mit sichtlich Schadenfreude weißsagte, bot Veranlassung, daß das entrißte Volk das Redaktionslokale zu stürmen sich anschickte und Herrn Sigl bedrohte, der nur dadurch sich rettete, daß er sich freiwillig auf das Polizeiamt verflüchtete und dort flehentlich um Aufnahme in der Polizeigewahrsam zur Sicherung seiner ehrenwerthen (!) Persönlichkeit bat.

Carl Mayer, erklärten: die Lage des bedrohten Vaterlandes erfordere das zeitweilige Aufgeben jeder innerer Parteizwistigkeiten. So dachten und handelten Alle, mit wenigen verschwindend geringen Ausnahmen, wie etwa die Hirnverbrannten Sozialdemokraten oder einige von ungebildeten, durch gewisse Schandblätter fanatisirten Landgeistlichen aufgehetzten und irregeführten Landgemeinden in Altbayern.

Die Bischöfe des Königreichs trafen nämlich erst kurz vor Beginn des Krieges von dem Concil aus Rom ein, und machten — wie es von ihrem Takt und ihren Patriotismus nicht anders zu erwarten war — den ungeschickten, die Interessen des Staates und der Kirche in gleicher Weise gefährdenden Uebergriffen und Wühlereien einzelner Landpfarrer ein Ende. Namentlich bewies der Erzbischof von München eine rühmliche Energie. Er selbst beeilte sich wenige Stunden nach seiner Ankunft in München der hochwichtigen Sitzung der Reichsrathskammer beizuwohnen, wo er sein Votum für den Krieg abgab, während er in einer Currende den Geistlichen der Erzdiöcese die strengste Weisung gab, jedwede politische oder Partei Aeußerung von der Kanzel ferne zu halten, und über einige ihm von den Regierungsbehörden als „Hörer“ bezeichnete Landgeistliche strenge Disciplinen verhängte, ihr unkluges, ungesekliches Benehmen scharf rügte, und ihnen im Falle einer wiederholten Auschreitung mit Suspension vom Amte drohte. Gleich ihm erließen auch die anderen Bischöfe Bayerns Hirtenbriefe und Aufforderungen zum Gebete für den Sieg der deutschen Waffen und der gerechten Sache Deutschlands, am wärmsten der gelehrte Bischof Hefele von Rottenburg *). So wurde durch die maßgebende hohe Geistlichkeit dem Kriege gegen Frankreich jeder konfessionelle Charakter vornweg genommen, und wenn die Ultras der sogenannten patriotischen Partei und mit ihnen einige beschränkte Gesinnungsgegnossen in Oesterreich darauf rechneten, daß der katholische Süden schon deshalb nicht an dem Kriege theilnehmen werde,

*) Der Ausruf des Bischofs Dr. Hefele erinnert daran, daß die wehrpflichtigen Söhne des Vaterlandes zum Dienste einkommen sind. „Sie ziehen aus“, fährt der Ausruf fort, „um eine große heilige Pflicht zu erfüllen. Die Kriegsgefahr gilt dem geliebten deutschen Vaterlande. Es zu schützen, ihm die großen und theuren Güter, deren das deutsche Volk sich erfreut, zu bewahren, von dem lieben, heimatlichen Boden den Jammer und das Elend, welche die traurige und düstere Begleitung des Krieges bilden, fern zu halten, — zu solchem hohen Zweck ist das Aufgebot der Heeresmacht geschehen.“

weil er nicht unter dem „protestantischen“ (?) Preußen kämpfen würde, so haben sich diese kurzfristigen Kirchthum-Politiker arg verrechnet. Die Dinge kamen anders als die geringe Dosis Hirn in ihren Köpfen erwartet hatte, und der Verlauf der Ereignisse überraschte Viele, durchaus aber nicht den österreichischen Reichskanzler. Graf Beust gab sich niemals Illusionen über den wahren Stand der Dinge im Süden Deutschlands hin. Er war genau informiert über die Stimmungen der Cabinete und Bevölkerungen, und täuschte sich keinen Augenblick darüber, daß wenn es Frankreich einmal in den Sinn kommen sollte, Deutschland zu bedrohen, trotz allen gegnerischen und partikularistischen Bestrebungen und Strömungen der deutsche Süden sich erheben und sich — Preußen unterordnen würde. Allerdings kam diese Wissenschaft dem Herrn Reichskanzler nicht immer und jederzeit auf dem gewöhnlichen Wege, d. h. durch die geheimen Kanäle der k. k. Diplomatie. Ferner sei es von uns der Mehrzahl unserer Diplomaten alten Schlages einen richtigen Scharfblick, eine providentielle Gabe oder auch nur ein gesundes Urtheil zuzugestehen.

Es ist nur zu sehr bekannt, daß die Mehrzahl der österreichischen Diplomaten sich mehr um Oper und Ballet, um hübsche Soubretten, leichtfüßige Ballerinen bekümmern, und auf diese holden Sylphen das ganze Gewicht ihrer hochwerthen Persönlichkeiten werfen, als sich mit der leidigen Politik zu befassen. Graf Beust könnte von solchen Diplomaten, die er übernommen hat und übernehmen mußte, ein Lied singen. Gerade in München sollte er eine eklatante Erfahrung machen. Der frühere Gesandte am bayerischen Hofe, der alters- und geistesschwache Graf Ingelheim, beliebte nicht nur vom Schlage Feuer zu sein, die nichts wissen und nichts erfahren, er ließ sich auch beikommen auf eigene Faust Politik und Demonstrationen zu machen. Während der König großend über die Taktlosigkeit, mit welcher königliche Prinzen, ihre Stellung vergebend, gegen die von ihm persönlich entschieden gebilligte Politik seines Premierministers Fürst Hohenlohe stimmten, diese Prinzen verwarnte, zeitweilig vom Hofe verwies, dagegen die für die Politik Hohenlohes stimmenden Abgeordneten und Reichsräthe zum Diner lud und demonstrativ auszeichnete, versiel der k. k. österreichische Gesandte auf eine im diplomatischen Uns kaum noch dagewesene Idee. Er bat eines schönen Tags jene gegen Hohenlohe und mithin gegen die Person des Königs in Opposition befindlichen Abgeordneten und Reichsräthe zu einem Diner bei sich, und bewirthete diese Herren aus den k. k.

österreichischen Repräsentationsgeldern mit Champagner und lullistischen Gerichten, wobei es an frommen Wünschen und oppositionellen Toasten nicht fehlte.

Der König, der von dieser merkwürdigen Haltung eines an seinem Hofe beglaubigten Gesandten Kunde erhielt, weigerte sich unter verschiedenen Vorwänden fortan den gastfreundlichen Herrn Grafen Ingelheim zu empfangen, und dem Grafen Beust blieb nichts übrig, als den ungeschickten Vertreter der k. k. Regierung sofort abzurufen, und durch Versetzung in den wohlverdienten Ruhestand Zeit und Mühe zu gönnen. Diners — natürlich auf eigene Kosten — zu geben. Seine genauen Informationen scheint Graf Beust demnach mehr auf außerordentlichem Wege erlangt zu haben, und so wenig wir sonst für Bewilligung von Dispositions-Fonds und geheimen Geldern schwärmen, scheint doch wie jedes Uebel auch dieses dann und wann seine gute Wirkung gehabt und die österreichische Regierung in die Lage gesetzt zu haben, weniger schön gefärbte als wahre Stimmungsberichte zu erhalten. So viel steht fest, daß Graf Beust niemals die angeblichen Sympathien der süddeutschen Partikularisten einer Beachtung werth fand. Er ging von dem richtigen Grundsatz aus, daß preußen-feindlich noch lange nicht identisch mit österreich-freundlich sei.

Unter seinen Vorgängern — den großen Staatsmännern Buol, Rechberg, Meunsdorff-Pouilly, — wogen freilich die Sympathien dieser nativistischen, bairischen und württembergischen Kreise in Wien sehr viel. Das heutige Oesterreich jedoch ist ein ganz anderes als das damalige. Heute wissen wir nicht, wie wir zu diesen Sympathien kommen, noch was wir mit ihnen machen sollen. Weder republikanische oder sozial-demokratische Gelüste der vorgeschrittenen Würtemberger Demokraten, noch die retrograden Bestrebungen der altbairischen Partikularisten passen in den Rahmen des österreichischen Staatsgebändes. Während des Schlüßensfestes als erstere sich herandrängten hat die staatsmännische kühle Rede des Grafen Beust die Illusionen dieser Kreise gründlich zerstört. Noch weniger kann die österreichische Regierung Gewicht auf die angeblichen Sympathien der bairischen „Patrioten“ legen, denn seit Oesterreich aufgehört hat der „Concordatstaat“ zu sein, sind diese Sympathien eigentlich gegenstandslos geworden, um so mehr, als an eine Rückkehr zu den für immer verlassenen Regierungs-Prinzipien nimmer zu denken ist. Man wird es daher begreiflich finden, daß Graf Beust den Annäherungsversuchen dieser Bundesgenossen von höchst zweifelhaften

Werthe gegenüber stets eine sehr große Zurückhaltung beobachtete, und sich jeder Einwirkung auf dieselben, jeder Ermunterung ihrer Bestrebungen, jedes entgegenkommenden Schrittes sorgfältig enthielt, und daß er den Werth dieser Sympathien nicht unterschätzte, bewies das völlige Zerbröckeln dieser Partei, die Selbstauflösung der Patrioten-Coalition noch vor Beginn des Krieges. Graf Benst hatte die feste Ueberzeugung daß einer österreichisch-französischen Pression kaum auch nur die Durchsetzung der bayerisch-württembergischen Neutralität gelungen wäre. Aber selbst dies — als Neuestes — angenommen, würde diese unnatürliche Neutralität nicht drei Wochen gedauert haben. Der erste Kanonenschuß, der am Rhein gefallen wäre, die erste Niederlage der deutschen Waffen und die Neutralität beider Staaten wäre vom Volke — wohl mit Zustimmung der Regierungen — über den Haufen geworfen worden. Es hätte sich um eine Frist von etwa drei Wochen gehandelt, um welche ganz Deutschland später vereint, dem Erbfeind Troß geboten hätte. Preußen und seinen Bundesgenossen wäre der Sieg vielleicht ein wenig erschwert worden, aber er wäre ihm nicht entgangen.

Was hätte aber Oesterreich-Ungarn gethan? Es hätte die mehrwöchentliche Verzögerung der unnatürlichen vom Hause aus unsicheren Neutralität Bayern-Württembergs benützt, um nur einige halbfertige, vielfach lückenhafte Armee Corps, entweder vorläufig an der sächsisch-preussischen Grenze aufzustellen, oder — falls die bewaffnete Neutralität von den Säbelträgern und Kriegsrütern am Wiener Hofe nicht genügend befunden worden wäre, in das von Truppen halb entblößte Preussisch-Schlesien und in Sachsen einzurücken. In Schlesien hätte Preußen sich zur Noth jedenfalls einige Wochen lang gewehrt, und Breslau gedeckt. Dresden hätte man aber preisgegeben, und Oesterreich hätte den zweifelhaften Ruhm gehabt — jeder honette Mann hätte es die niederträchtigste Schandthat genannt — in die Hauptstadt des treuesten Bundesgenossen von 1866, des von ganz Europa verehrten edlen König Johann von Sachsen ohne Schwertstreich einzurücken. Mittlerweile hätte — gewedt durch des Doppelseindes Bedrohen — die nationale Begeisterung, die Neutralität der beiden Südstaaten gebrochen, und Oesterreich hätte dann ein bis zwei Armeekorps in Bayern einrücken lassen müssen, die vielleicht im günstigsten Falle, was freilich noch sehr zweifelhaft ist, auf München losmarschirt wären.

Während dieser bis nun noch wenig gefährvollen Zersplitterung der österreichischen Kräfte, würde Rußland seine Reserve aufgegeben ha-

ben, und nach kurzweg vorangegangener Kriegserklärung mit seinen Colonnen von verschiedenen Seiten in Oesterreich-Ungarn einmarschirt sein. Daß die Ueberschreitung der österreichischen Grenze von Seite Rußlands das Signal zu allgemeinen panslavistischen Aufständen gewesen wäre, daß in Prag wie in Agram, im Banat wie in anderen Theilen der Monarchie, der innere Feind sich wider uns erhoben hätte, kann nur Jener bezweifeln, der die traurigen Verhältnisse unseres zerklüfteten Vaterlandes verkennet, und die Macht des russischen Cäsaropapismus und Rubels unterschätzt. Schnelligst hätte dann Oesterreich seine Truppen aus Bayern und Sachsen zurückziehen müssen, um dem Hauptfeinde im Osten und Norden der Monarchie zu begegnen.

Was Oesterreich durch seine kluge, ehrliche und vorsichtige Neutralitäts Politik verhindert hat, das wäre im Falle einer kriegerischen Aktion, die eine Enthaltung der Südstaaten vom Kriege bezweckt hätte, unausbleiblich, und die Folgen eines solchen Schrittes unabsehbar gewesen.

Aber der Prager Frieden — möchten Manche einwenden — wurde durch die Theilnahme des Südens am Kriege in flagranter Weise verletzt, ja in Stücke zerrissen, und daß Oesterreich dies ruhig hinnahm, war doch unstreitig eine Inconsequenz!

Wir werden im nächsten Abschnitte zu beweisen suchen, daß auch in diesem Punkte die Politik des Grafen Beust eine durch und durch consequente gewesen ist.

III.

Die Politik des Grafen Beust und der Prager Frieden.

Es kann Niemand im Zweifel darüber sein, daß in dem Augenblicke als die norddeutschen Truppen die Grenzen Süddeutschlands überschritten, in Baden, Württemberg, in der Pfalz einrückten, und die süddeutschen Armeen von ihren Fürsten dem Oberbefehle Sr. k. Hoheit des Kronprinzen von Preußen unterstellt wurden, Artikel IV. des Prager Friedens, von dem ein Paciscenten — von Preußen — verletzt worden war. Rabulisten könnten vielleicht darüber streiten, ob diese Verletzung nicht bloß eine vorübergehende, d. h. durch den Krieg gebotene sei, und die theilweise Suspension dieses Vertrags Artikels mit Abschluß

des Krieges wieder ihr Ende nehmen werde, indem die norddeutschen Truppen über den Main zurückgehen, und die „internationale unabhängige Existenz“ des Südens wieder hergestellt werden würde. Nüchterne Politiker können eine solche Naivität nur belächeln. Mehr Berechtigung hätte noch die Frage gehabt: ob nicht durch Verletzung des Artikels IV. von Seite Preußens auch Oesterreich seinen in diesem Artikel eingegangenen Verpflichtungen (Austritt aus Deutschland, Anerkennung des Nordbundes) enthoben worden sei? Es wäre gar nicht schwer dies aus dem Staatsrechte nachzuweisen, doch war man in Wien in einem so ernstlichen Augenblicke weit entfernt, doctrinäre Politik zu treiben, man rechnete vielmehr mit den Thatsachen. Nutzlose unfruchtbare Proteste mögen Sache des heiligen Stuhles sein, in dessen System es gelegen sein muß, die Continuität — wenigstens zum Schein — aufrecht zu erhalten. Wir in Oesterreich können keine Politik der Fiction gebrauchen, wir haben mit der sogenannten Tradition — Gottlob — endlich gebrochen, können und dürfen keine andere Politik kennen als jene der Opportunität und der Interessen. Diesem entsprach die Haltung Oesterreichs und sie war auch streng consequent.

Der Prager Friede war eigentlich schon gebrochen als er abgeschlossen wurde, äußerte sich mir gegenüber ein hervorragender österreichischer Staatsmann, und er hatte ganz Recht. Denn dem Prager Frieden, der den Datum vom 23. Aug. 1866 trägt, gingen die Friedensverträge mit Württemberg am 13. Aug., mit Baden am 17. Aug. und mit Bayern am 22. August voran, mit welchen gleichzeitig diese Staaten die Schutz- und Truchbündnisse mit Preußen abgeschlossen hatten. Daß durch diese die völlige „internationale unabhängige Existenz“ der Südstaaten, die im Prager Frieden ausgesprochen wurde, beeinträchtigt worden war, wird heute kaum Jemand mehr in Abrede stellen. Als Oesterreich von der Existenz dieser Schutz- und Truchbündnisse im März 1867 offizielle Kenntniß erlangte — Graf Beust hatte schon im Dezember 1866 durch einen süddeutschen Staatsmann den Inhalt der Bündnisse in Erfahrung gebracht — hatte man zwischen zwei Wegen, die man den Thatsachen gegenüber einschlagen konnte, zu wählen. Entweder Oesterreich nahm die Schutz- und Truchbündnisse, welche implicite eine Verletzung des Prager Friedens (Art. IV.) enthielten, ruhig hin, und beschränkte sich auf einen Protest oder auf das einfache Constatiren dieser Verletzung — oder es konnte Preußen auffordern, die abgeschlossenen

Bündnisse rückgängig zu machen, den Prager Frieden striete zu halten oder auf eine Revision desselben einzugehen. Daß letzterer Schritt nichts gefruchtet haben würde, unterliegt wohl keinem Zweifel, denn die Bismarck'sche Politik weicht nicht so leicht zurück, am allerwenigsten nach kurz zuvor errungenen Erfolgen. Oesterreich wäre daher nichts anderes übrig geblieben, als selbst zurückzuweichen, und von seiner Forderung abzustehen — oder, wenn es auf derselben beharrt haben würde, wieder zum Schwerte zu greifen, und den vor den Thoren Wiens und Preßburgs unterbrochenen Kampf wieder aufzunehmen. Welcher Minister würde wohl den Muth gehabt haben der Krone einen solchen Rath zu ertheilen? Acht Monate nach Sadowna! Die Dinge standen — etwa die Stellung zu Ungarn ausgenommen — wenig besser, ja noch schlechter für uns. Kaum wäre auf die Geneigtheit der süddeutschen Staaten, sich von den Verträgen loszusagen, zu zählen gewesen. Von Baden und Hessen konnte schon damals nicht die Rede sein, und in Bayern hatte — wie man sich erinnern wird — die national-liberale Partei, die entschiedene Majorität in der Kammer, und die Stimmung überhaupt war damals unmittelbar nach dem unglücklichen Kriege für Preußen noch viel günstiger als nach zwei und drei Jahren, wo sich die Partikularisten wieder von den Schlägen erholt und concentrirt hatten. Auf Frankreich wäre damals noch weniger zu zählen gewesen, da Napoleon mit seiner — wie die Zukunft gelehrt hat, ohnehin nicht stichhaltigen — Armee-Reorganisation noch kaum begonnen hatte, weshalb er damals auch den Krieg wegen Luxemburg nicht aufnahm. Wie die diplomatischen Enthüllungen nachträglich bewiesen haben, würde es Graf Bismarck damals leicht geworden sein, Louis Napoleon durch Concessionen auf Preußens Seite zu gewinnen, und Oesterreich hätte also den Riesenkampf allein zu bestehen gehabt. Ueber den Ausgang wäre Niemand im Zweifel gewesen, und selbst die heute so rauschlustige Militärpartei und Hofkamarilla dachte damals nicht daran, dieser „papierenen Verträge“ wegen, den Krieg sobald wieder aufzunehmen. Diese Kreise trösteten sich ja mit der Hoffnung, daß die Schutz- und Trutzbündnisse, „in der Stunde der Noth abgerungene und erzwungene Concessionen“, niemals ausgeführt werden würden. Die hochweisen Politiker dieses Schlages glaubten ja noch im heurigen Frühjahr steif und fest, daß wenn es jemals zu einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen kommen sollte, die Südstaaten selbstverständlich (!) mit Oesterreich gegen Preußen marschiren würden. Anders freilich der Staatsmann Graf Beust, der nicht einen Augen-

blick die Bedeutung und Gefahr dieser Bündnisse für Oesterreich verkannte, aber nicht in der Lage war, diese Gefahr — die traurige, natürliche Folge der Mißerfolge des Jahres 1866 — abzuwenden. Er that was er konnte, und ließ das Berliner Cabinet über die Auffassung Oesterreichs nicht im Unklaren. In der Depesche vom 28. März an den k. k. Gesandten in Berlin — einem Meisterstück diplomatischer Stylistik — äußerte sich Graf Beust:

„Wir kennen und acceptiren die politische Lage, deren Folgen sich vor unseren Augen entwickeln. Es ändert sich an derselben nichts, seitdem es offenkundig geworden ist, daß Preußen sich der Bundesgenossen, welche ehemals diejenigen der beiden Mächte waren, förmlich für sich allein versichert hat, noch ehe es seine Ausöhnung mit uns besiegelte. Ebenso wenig ändert sich unser Wunsch, uns in dem neuen Verhältnisse unter Wahrung unserer Interessen friedlich und in gutem Einverständnisse mit Preußen zurechtzufinden. Es ist im Allgemeinen wohl nicht leicht, Allianzen, welche über defensive Verpflichtungen hinausgehen, als Bürgschaften des Friedens zu charakterisiren. Wir unsererseits sind indessen bereit zu glauben, und werden uns jedenfalls gerne überzeugen lassen, daß im Grunde wirklich nur der Entschluß gemeinsamer Vertheidigung gegen fremde Angriffe durch die erwähnten beurkundet werden sollte. Das Cabinet von Berlin hat sonach eine eigentliche Einsprache von uns nicht zu gewärtigen. Nur sind wir uns andererseits vollkommen bewußt, daß uns die Berechtigung zu einer solchen nicht fehle, und wir möchten nicht den Schein entstehen lassen, als würde der Widerspruch nicht von uns erkannt, welcher zwischen dem Artikel IV. des Prager Friedensvertrages und den Schutz- und Truhbündnissen Preußens mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen unteugbar besteht. Eine nicht auf bestimmte Zwecke beschränkte, sondern permanent für jeden Kriegsfall abgeschlossene Allianz zweier Staaten, namentlich eines schwächeren Staates mit einem stärkeren, hebt ohne Zweifel zum Nachtheil des ersteren den Begriff einer unabhängigen internationalen Existenz fast völlig auf, und im Prager Tractate konnte daher, nachdem ihm die Berliner Bündnisse vorausgegangen waren, die Bestimmung, daß ein süddeutscher Staatenverein in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen werde, nicht mehr mit Fug eine Stelle finden. Die bevorstehenden Bemerkungen bezeichnen Ew. den Standpunkt, welchen wir gegenüber den preussisch-süddeutschen Allianzverträgen einnehmen.

Wir formuliren keinen Protest, und wir ziehen aus der Sachlage keine Konsequenzen, aber wir können nicht einräumen, daß zwischen den Bedingungen unseres Friedensvertrages mit Preußen, und dem Zustande, den die mehrerwähnten Bündnisse geschaffen, eine wahre Uebereinstimmung obwalte. Wir haben keinen Grund, unsere Ansicht zu verschweigen, aber wir beabsichtigen nicht, unfruchtbare Discussionen zu veranlassen, die unserem aufrichtigen Wunsche freundlicher und ersprißlicher Beziehungen zu Preußen und den übrigen deutschen Staaten Eintrag thun könnten. Von dem Geiste dieser Betrachtungen wollen Ew. sich durchdringen, so oft sie in dem Falle sein werden, den Gegenstand, von welchem ich spreche, in Ihren vertraulichen Unterredungen zu berühren. Auch habe ich kein Bedenken dagegen, daß Ew. von gegenwärtigem Erlasse durch Vorlesen Kenntniß geben.“

Da gleichzeitig eine weitere Depesche des Grafen Beust auch in der Frage der Abtretung Nordschleswigs, an welche Frankreich bei mehr als einer Gelegenheit unsanft erinnerte, Preußen entgegen kam, und ausdrücklich dem Wunsche der „Einmischung dritter fernzuhalten“, — worunter nur Frankreich gemeint sein konnte — beipflichtete, so wäre es jetzt an Preußen gewesen, dem ausgesprochenen Wunsche: „in guten Einverständnisse mit Preußen sich zurechtzufinden“ entgegen zu kommen. Leider geschah das nicht, und wir erinnern uns, daß gerade zu jener Zeit der offiziöse Föderkrieg gegen Oesterreich und den Grafen Beust wieder aufgenommen wurde, der die bis zu der bald nachher herein- gebrochenen Luxemburger Frage, wo man in Berlin Oesterreichs Vermittlung ganz gerne sah, mit großer Hefigkeit fortgeführt wurde. Bald wäre es Preußen damals durch sein schroffes Verhalten gegen Oesterreich gelungen, Oesterreich in die Arme Frankreichs zu treiben, welch' letzteres, nachdem es von Preußen weder durch sanfte Schmeicheleien noch durch ungestüme drohende Forderungen etwas zu erreichen vermochte, seine ganze Liebe Oesterreich zuwendete, und die Salzburger Extreme vorbereitete.

Einzig und allein der weisen Mäßigung und staatsmännischen Ruhe des Grafen Beust ist es zu danken, daß nicht ein festes und bindendes Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich zu Stande kam, das — wie die neuesten Ereignisse gelehrt haben — großes Unheil über Deutschland gebracht, den Weltkrieg hervorgerufen, und aber auch für Oesterreich selbst zum größten Verhängniß geworden wäre. — Weitere Durchlöcherungen des Prager Friedens sollten übrigens nicht ausbleiben. Die Militär-Convention mit Hessen, die Erneuerung des Zollvereines mit parlamentarischen Institutionen, wodurch die Unabhängigkeit der Südstaaten noch um ein Beträchtlicheres beeinträchtigt wurde, ein späterer Vertrag mit Baden, in Bezug auf die Erfüllung der Militärpflicht u. dgl. waren Acte, die mit einer strikten Interpretation des Prager Friedens nicht zu vereinbaren waren. Nichts desto weniger nahm Oesterreich, beseelt von dem Wunsche nach Aufrechterhaltung des Friedens, worin es sich in vollkommener Uebereinstimmung mit der Bevölkerung befand, diese Verletzungen des Prager Friedens, an dessen Bestimmungen es seinerseits correct, ja nahezu ängstlich festhielt, stillschweigend hin. Graf Beust verschmähte es — im Gegensatz zu seinen Vorgängern — halbe Schritte zu thun. Noch weniger ist es seine Sache, eine Haupt- und Staats-Aktion einzuleiten, zu deren voller

und rücksichtsloser Durchführung ihm schließlich die materiellen Mittel fehlen möchten. Letzteres ist Sache der politischen Dilettanten, und da bis zum Jahre 1866 Oesterreich von solchen verwaltet wurde, hat ein großer Theil unserer Bevölkerung nur für solche Dilettanten-Politik Verstand, während man eine Politik im großen Style, die, wo sie nicht ganz kann, wie sie will, lieber passiv bleibt, und den richtigen Zeitpunkt abwartet, nicht zu begreifen und würdigen vermag.

Es liegt ein tiefer Sinn in dem alten Fabelwort, daß wer einmal A gesagt habe auch B sagen müsse. Graf Beust war es nicht, der in Nikolsburg A sagte, es war sein Vorgänger, der große Militär-Diplomat Graf Metternich, oder seien wir gerecht, es war die unerbittliche Logik der Thatfachen! geschehene Dinge ungeschehen zu machen, die Folgen von Uebelständen, die sich seit Decennien fortgeerbt haben, mit einem Federstriche zu streichen, oder aus einem, auf den Schlachtfeldern wie auf dem grünen Tische besiegten aus allen Wunden blutenden, dem Bankrotte nahen Oesterreich, in Jahresfrist einen allen seinen Gegnern ebenbürtigen, wohl gar überlegenen Staat zu schaffen — zumal wenn man mit Hindernissen aller Art, nach Links und Rechts, nach Unten und Oben zu kämpfen hat — das konnte Niemand von dem aus der Fremde — sehen wir hinzu: in einer glücklichen Stunde — berufenen Diplomaten nicht erwarten. — Mußte Oesterreich wenige Monate nach Abschluß des Prager Friedens die Ueberzeugung ruhig hinnehmen, daß derselbe in seinem wesentlichsten Punkte bereits ein Nonsens sei, konnte es gegen die flagranten Verletzungen desselben keine erfolgreichen Schritte machen, so war auch der letzten und äußersten Consequenz der geschaffenen Situation gegenüber nichts anders eine inactive vorsichtige Haltung, ein Gebot der Klugheit und Nothwendigkeit. Graf Beust's Politik war dem Prager Frieden und den Verletzungen desselben von 1867 bis heute eine konsequente und folgerichtige, sie war auch nach dieser Richtung hin die allein opportune und für Oesterreich vortheilhafte, und die Vorwürfe, welche gegen diesen Punkt gemacht werden, zerfallen ebenso in ihr Nichts, wie die meisten anderen.

IV.

Die Politik des Grafen Beust und die öffentlichen Kundgebungen in Oesterreich-Ungarn.

Nimmt man als Werthmesser einer Regierungspolitik — deren Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung — an, dann wird man der vom Grafen Beust innegehaltenen Neutralitäts-Politik ganz besondere Anerkennung nicht vorenthalten dürfen. Der Wunsch nach rückhaltloser unbewaffneter Neutralität äußerte sich von dem Augenblicke an, als der Krieg unausbleiblich schien, in beiden Reichshälften in unzweifelhafter, allgemeiner und lauter Weise. Und zwar nicht nur etwa in den deutsch-österreichischen Kronländern, wo Stammverwandtschaft und Sympathie für Deutschland den Wunsch nach strenger Neutralität, d. h. Nichtunterstützung Frankreichs allgemein laut werden ließ, auch in der östlichen Reichshälfte, im Königreich Ungarn verlangte die öffentliche Meinung strikte Neutralität, und sprachen sich die hervorragenden Führer aller Parteien ohne Ausnahme energisch in diesem Sinne aus. Man durchblättere die Zeitungen von Mitte Juli bis Mitte August, und man wird sich überzeugen, daß die Forderungen: die k. k. Regierung wolle Angesichts des drohenden (oder ausgebrochenen) Krieges eine nach allen Seiten hin strenge inactive und völlig unbewaffnete Neutralität einhalten, gerade in Ungarn lauter und allgemeiner und noch früher sowohl in Volksversammlungen als in den Vertretungskörpern ausgesprochen wurden. In Deutsch Oesterreich fehlte es an jedweder Volksvertretung, weder die Landtage noch der Reichsrath waren versammelt, ja die Möglichkeit einer Einberufung des letzteren stand bei dem komplizirten Organismus des österreichischen Staates, und dem — bedauerlich genug! — noch heute nicht beseitigten verächtlichen Schmerling'schen Destillations-Modus in weiter Ferne. In Ungarn dagegen waren — ein glücklicher Zufall für die Monarchie — der Reichstag versammelt, dessen Mitglieder nicht versäumten, ihre wichtigen Stimmen für den Frieden in die Waagschale zu werfen. Es scheint uns nothwendig, diese Kundgebungen zu verzeichnen, da das Gedächtniß gar Vielen, die heute, nachdem die Ereignisse einen anderen Lauf genommen haben, als sie vielleicht erwartet und gewünscht haben, den Reichskanzler zum Sündenbock machen möchten, und ihm die von der k. k. Regierung festgehaltene Friedens-Politik, die doch ganz den Wünschen aller

zurechnungsfähigen Politiker von hien und drüben conform war, zum Vorwurf machen möchten. Da war es zuerst der Abgeordnete Eduard Horn, der neugewählte und von seinen Preßburger Wählern gefeierte, und wie einst Kossuth und vor einigen Jahren noch Deak mit sanguinischen Hoffnungen begrüßte Abgeordnete, der schon in seiner Begrüßungsrede an seine Wähler am 10. Juli im städtischen Redoutensaal in Preßburg sich unter lauter Zustimmung der sehr zahlreichen Versammlung gegen jede Bethheiligung der Monarchie an einem Kriege wegen der Hohenzollern'schen Königswahl aussprach — also schon zu einer Zeit, wo der Ausbruch des Krieges noch durchaus ungewiß und vielmehr die Friedenshoffnungen noch ziemlich allgemein und gerechtfertigt waren. Und Horns erste Kundgebung im Abgeordneten-Hause — bevor noch seine Wahl verifizirt war — war eine Interpellation an den ungarischen Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 13. Juli, in welcher er die Erhaltung des Friedens für Ungarn nothwendiger als für irgend ein anderes europäisches Land bezeichnete, sich dagegen verwahrte, daß Ungarn etwa durch die österreichische Regierung in den Krieg hineingerissen werde, Auskunft darüber verlangte, was die Regierung von den angeblichen Abmachungen zwischen den Höfen von Paris und Wien wisse und Garantien verlangte, daß „unser Gut und Blut nicht ohne Wissen und Einwilligung des Reichstages aufs Spiel gesetzt werde.“ In derselben Sitzung brachte noch vor Horn der Graf Theodor Csaky eine ähnliche Interpellation ein, worin auch er die Nothwendigkeit betonte, daß die ungarisch-österreichische Monarchie streng neutral bleibe, und vom Grafen Andrássy Aufklärungen über die Politik verlangte, welche der gegenwärtige Ministerpräsident einzuhalten beabsichtige. Graf Andrássy zögerte nicht lange mit der Antwort. Diese war, wie dies bei dem damaligen Stande der Dinge nicht anders möglich war, ziemlich reservirt. Er betonte, daß noch nicht jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ausgeschlossen wäre, und machte die jedenfalls wichtige Mittheilung — die bisher noch niemals von offizieller Seite gegeben wurde — daß zwischen Oesterreich Ungarn und Frankreich eine Uebereinkunft weder bestehe noch bestand. Nicht Herr Eduard Horn allein war es, dem diese Antwort nicht genügte, und der „Garantien dafür zu erhalten wünschte, daß es überhaupt nicht zum Kriege komme, — allerdings eine Forderung, die weder Graf Andrássy noch Graf Beust, noch sonst ein Staatsmann der Welt, etwa Graf Bismarck ausgenommen, zu erfüllen im Stande gewesen wäre — auch andere Abge-

ordnete verlangten mit ihm über zwei Punkte Gewißheit, erstens darüber, daß die österreichisch-ungarische Regierung, falls es auch zum Kriege kommt, an diesem Kriege auf keinen Fall theilnehmen wird; zweitens darüber, daß, falls die Theilnahme am Kriege beschlossen werden sollte, der Reichstag vorher befragt werden würde, ob man am ausgebrochenen Kriege theilnehmen soll oder nicht.“

Man traute dem Grafen Andrassy starke Sympathien für Frankreich, und ganz besonders für die Napoleon'sche Dynastie zu, an welche denselben Bande der Freundschaft und Dankbarkeit aus der Zeit des Exils festhalten. Man glaubte in dem Reichskanzler einen ebenso innigen Anhänger Frankreichs und einen noch leidenschaftlicheren Gegner Preußens und persönlichen Feind Bismarcks zu erblicken — letzteres allerdings mit großem Unrecht — und fürchtete, daß der Einfluß der beiden in dieser Frage ganz und gar gleich fühlenden Staatsmänner Oesterreich wider den Willen seiner Völker in den Krieg zu Gunsten Frankreichs hineinziehen werde. Dagegen sträubte sich jedoch das Gefühl aller Parteien, und zwar war es weniger die Sympathie für Preußen oder Deutschland, als vielmehr die bleiche Russenfurcht, welche in den ungarischen Parteiführern eine starke Abneigung gegen jede Betheiligung der Monarchie am Kriege erzeugte. Denn — nicht unrichtig — kalku- lirten die ungarischen Abgeordneten also: Sobald Oesterreich-Ungarn am Kriege theilnehmen und Frankreich zu Hilfe kommen würde — an eine anderseitige Parteinahme war ja ohnehin nicht zu denken — wäre dies das Signal für Rußland ebenfalls loszubrechen, und zwar in entgegengesetzter Richtung, d. h. gegen das unzulänglich ausgerüstete Oesterreich und das völlig wehrlose Ungarn, dessen Honved-Armee ja nur auf dem Papiere steht, und bis auf einige wenige Bataillons weder Montur noch Armatur besitzt, von technischen Truppen oder Artillerie gar nicht zu sprechen. In dieser Beziehung hätten sie ganz Recht, nur was die Person des Reichskanzlers betrifft, irrten die Ungarn ebenso als gar viele Publicisten in Oesterreich und Deutschland, wenn sie bei ihm eine besondere Neigung für eine kriegerische Aktion voraussetzten. Gerade das Gegentheil! Graf Benst hatte vom Beginne der Verwicklung an für die vollständig unbewaffnete Inaktivität entschieden, und vertheidigte dieselbe nicht minder energisch gegen die säbelraffelnde Militär-Partei, gegen die radeschnaubende Hof- und Adels-Camarilla, wie gegen mehrere eis- und trans-Collegen, namentlich die Minister Petrino und — Andrassy, welsch letzteren erst die drei Tage vor Mex und vol-

leuds die Katastrophe von Sedau zur rückhaltlosen und inactiven Neutralitäts-Politik bekehrt hatten. Bis dorthin schwankte Andrassy zwischen Können und Wollen, zwischen Zurückhaltung und halber Aktion, und die Rüstungsgelüste der Militär-Partei und der Umgebung des Kaisers fanden an ihm wenigstens in den Juli- und ersten Augusttagen einen sehr lebhaften und gewandten Vertheidiger^{*)}. Der ungarische Reichstag sorgte dafür, daß der Kriegseifer des Ministerpräsidenten ein wenig gedämpft wurde. Interpellation folgte auf Interpellation. Schon in der Sitzung vom 16. Juli interpellirte Josef Madarasz von der äußersten Linke den Ministerpräsidenten „ob es ihm möglich sei in dem bevorstehenden Krieg Ungarns vollständige Neutralität zu sichern.“ In der Sitzung vom 19. Juli überreichte Koloman von Tisza, der Führer der gemäßigten Linken, eine Interpellation an das Gesamt-Ministerium, deren Spitze sich entschieden gegen die französischen Velleitäten, eines Theils der ungarischen Staatsmänner gerichtet war, und den Sympha-

^{*)} Diese Thatsache mögen sich jene norddeutschen Journale, welche stets den Grafen Beust zur Zielscheibe ihrer Angriffe machen, und seinem ihm angedichteten Preußenhass gar zu gerne Alles aufbürden, was von anderer Seite — oft gegen seinen Willen — gesündigt, wird gefälligst ad notam nehmen. Wir, die wir besser unterrichtet sind, und einen Einblick in die Vorgänge in gewissen Minister-Hotels zu nehmen Gelegenheit hatten, wissen es nur zu gut, daß Graf Beust fast der einzige maßgebende Minister war, der sich jederzeit, vom ersten Moment bis zur Catastrophe entschieden gegen jede Betheiligung Oesterreichs am Kriege, ja selbst gegen jede Rüstung „als eine völlig nutzlose und nur das Mißtrauen Rußlands, sowie beider kriegführender Theile hervorruhende Maßregel“ aussprach. Der Reichskanzler fand einzig und allein in den Ministern Potocky, Stremayr, de Preitz, Tschabusnigg, Holzgethan eine verlässliche Unterstützung, während Graf Taaffe und selbst der gemeinsame Hr. Reichsfinanzminister verschiedene Phasen durchmachten, und die Herren v. Petrino, Rhun &c. am liebsten über Hals und Kopf die Monarchie in den Krieg gestürzt hätten. Erst kurz vor der Katastrophe von Sedau verloren diese kriegslustigen Rätke der Krone die Unterstützung Andrassys, und mit ihm traten dann auch andere Herren und andere Factoren gegen die Fortsetzung der bereits in ausgedehntester Weise gegen Beust's Willen vorgenommenen forcirten und kostspieligen Rüstungen und Befestigungen auf. Graf Beust wurde zweimal im Rathe der Krone überstimmt, wäre seine Anschauung durchgedrungen, hätten die Völker Oesterreich-Ungarns vielleicht dreißig und etliche Millionen erspart. Was ohne die nachdrücklichen Vorstellungen Rußlands, die sich bis zu Drohungen steigerten, geschehen wäre, läßt sich gar nicht absehen. Gewiß würde man auch dann für alle hieraus resultirenden Fälle den Grafen Beust verantwortlich gemacht haben.

thien der gebildeten Kreise in Ungarn für Deutschland einen warmen Ausdruck gab.

Zu derselben heißt es:

„In Anbetracht, daß die bewaffnete Neutralität, welche die materielle Kraft des Landes erschöpft und nach allen Seiten hin nur Feinde erwirbt, keine Garantie bieten kann, und von der Ueberzeugung geleitet, daß die Regierung weder in Folge der Sympathie, die sie vielleicht der französischen Regierung gegenüber hegt, noch in Folge des Wunsches, die Einflußnahme auf die Politik Deutschlands zurückgewinnen zu können, nichts thun und in nichts einwilligen darf, was das Land als einen Feind der deutschen Nation erscheinen ließe, und wodurch es in einen Krieg verwickelt würde, frage ich:

1. Welche Schritte hat es bisher zu dem Zwecke gethan, daß Ungarn den angeführten Gesichtspunkten entgegen nicht in Krieg verwickelt werde, und ob das Ministerium hoffen kann, daß seine Schritte zum erwünschten Resultate führen werden?

2. Ob es die Absicht hegt, mit ganzer Energie und erforderlichenfalls selbst in der Weise, daß das Wort des Reichstages in die Waagschale geworfen werde, auch in Zukunft Alles zu thun, was erforderlich ist, damit Ungarn vollkommen neutral bleiben könne.“

Inzwischen wurden auch in Volkskreisen Kundgebungen für den Frieden und eine unbewaffnete Neutralität vorbereitet. So z. B. richtete der „Pester Volksklub“ an das Abgeordnetenhaus eine Petition, worin derselbe als „Anhänger der Demokratie“ der friedlichen Entwicklung und internationalen Solidarität und Gegner jedweden Krieges entschieden gegen einen Krieg protestirt, der einerseits nur den Gelüsten nach Machterweiterung dienen, andererseits aber selbst die Existenz unseres Vaterlandes gefährden kann.“

Daher wünschen wir — heißt es in der Petition, die in der Sitzung vom 22. Juli dem Abgeordnetenhause überreicht wurde —

„angesichts des obschwebenden französisch-preussischen Conflictes, die strenge und unbewaffnete Neutralität unseres Vaterlandes und der ganzen Monarchie, und wir verlangen die gewissenhafte Aufrechterhaltung desselben so lange, als die Selbstverteidigung unseres Vaterlandes nicht zur Nothwendigkeit wird. Indem der „Pester Volksklub“ seiner Ueberzeugung in solcher Weise Ausdruck gibt, bittet er das geehrte Abgeordnetenhaus, diesen Wunsch zu erhören, und im Interesse des Vaterlandes und der Nation demselben größeren Nachdruck dadurch zu verleihen, daß es für die strenge Neutralität sein eigenes gewichtiges Wort in die Waagschale werfe, und unserer Regierung zur Pflicht mache, Ungarns Politik in diesem Sinne Geltung zu verschaffen in der auswärtigen Politik der Monarchie. Dies erfordert das Interesse des Vaterlandes, dies verlangt jeder Patriot ohne Unterschied der Parteistellung.“

In der denkwürdigen Sitzung des Unterhauses vom 28. Juli beantwortete der Ministerpräsident Graf Andrássy in einem längeren Expose die Interpellation Tisza's. Er wies auf das am 20. Juli vom gemeinsamen Ministerium des Auswärtigen an die europäischen Cabinete erlassene Circularschreiben hin, dessen einzelne Stellen er citirte und commentirte, betonte — unter lauter Zustimmung des Hauses — daß die Regierung den Interessen der Monarchie nicht entsprechen, und mit der öffentlichen Meinung nicht übereinstimmen würde, wenn sie der Neutralität eine solche Form geben wollte, die welche Macht immer berechnen würde, hierin mit Grund eine Provocation zu erblicken, und fügte endlich die Versicherung bei, daß sowohl bei der Regierung wie in den entscheidenden Kreisen überhaupt die Absicht nicht vorhanden sei, die im Jahre 1866 in Deutschland aufgegebenen Stellung wieder zu erlangen, welche auch nach seiner Ansicht der Monarchie keinen Nutzen, wohl aber Verluste und Nachtheile bringen könnte.

Die Antwort des Ministerpräsidenten befriedigte allgemein, und Koloman Tisza ergriff die Gelegenheit nochmals ausdrücklich den Sympathien für das deutsche Volk Ausdruck zu geben, indem er u. A. sagte: „Es gereicht mir zur Befriedigung, daß der Ministerpräsident erklärt hat, es werde nicht daran gedacht, für die Monarchie wieder jene Stellung anzustreben, die sie vor 1866 in Deutschland eingenommen, weil dies die größte Garantie dafür ist, daß die Monarchie nicht gegen ihre Interessen in einen Krieg verwickelt werde, und die Ungarn nicht in dem Lichte erscheinen, als wären sie die Feinde der gebildeten Nation Europa's: der Deutschen.“

Unterdessen hatte auch eine von Mitgliedern der Linken in Pest veranstaltete, von mehreren Tausenden besuchte Volksversammlung sich entschieden für Aufrechterhaltung der Neutralität ausgesprochen. Aber bei diesen Kundgebungen sollte es nicht bleiben. Noch sollte der ungarische Reichstag vor Schluß seiner Session zwei eclatante Friedenskundgebungen veranlassen, die um so wichtiger und bedeutungsvoller waren, da sie einerseits von dem gefeiertsten Patrioten der Nation, dem Führer der Majorität des Unterhauses, Franz Deák, andererseits von dem Oberhause, und zwar aus dem Schooße der Altconservativen ausgingen. Es beunruhigte nicht wenig, daß trotz den Friedensversicherungen des ungarischen Ministerpräsidenten einige Pester Tagesblätter, welche allgemein als Organe der Regierungspartei gelten, seit geraumer Zeit es sich zur Aufgabe gemacht hatten, ein bedenkliches Feuer zu schü-

ren, in blinder Wuth gegen Preußen und die deutsche Sache zu hehen, und für eine Verbindung mit dem napoleonischen Frankreich zu agitiren. So wenig innere Berechtigung es hatte, eine solche mit den wahren Interessen der Monarchie ganz unvereinbare, ja unmögliche Politik, solch blinden Chauvinismus bei den leitenden Staatsmännern Ungarns vorauszu sehen, so fiel es doch schwer ins Gewicht, daß eben die regierungsfreundlichen Blätter fort und fort in diesem Tone sprachen, und von der Regierung so wenig als von der Partei desavouirt wurden.

Bei der General-Debatte über die vom Landesvertheidigungs-Minister verlangte Ermächtigung, die schon im Frühjahr assentirten Rekruten eventuell vor Oktober zur Abrihtung einberufen zu dürfen, in der Sitzung vom 30. Juli benützte nun Graf Bela Keglevich (Pintke) die Gelegenheit, auf die tendenziöse, prononcirt napoleon-freundliche Haltung einiger Blätter der Regierungspartei hinzuweisen, eine solche Politik geradezu als verderbenbringend zu bezeichnen, und dadurch die Regierungspartei zu einer öffentlichen Erklärung herauszufordern. Diese erfolgte denn auch sofort, und zwar aus dem Munde des Parteiführers Franz Deák. Unter allgemeinstem Beifalle und lauter Zustimmung des ganzen Hauses, sowie unter ausdrucksvollem Zuzucken des Grafen Andrássy und seiner anwesenden Collegen erklärte Deák, daß die Regierung einzig und allein das Amtsblatt als Regierungsorgan anerkenne; daß die Regierungspartei als solche kein eigenes Organ besitze, und kein Blatt als berechtigt anerkenne, die Meinung der Partei zu dolmetschen; daß jene Blätter, für welche einzelne Mitglieder der Rechten sich etwa interessiren, mit der Rechten als Partei nichts gemein haben; endlich daß die nun wiederholt berührten tendenziösen Artikel lediglich der Meinungsäußerung einzelner Individuen seien; daß die Regierung ebenso wie die Partei mit derselben schlechterdings nichts gemein habe, und gegen jede derartige Annahme sich förmlich verwahre. Die zweite nicht weniger wichtige Kundgebung erfolgte in der vorletzten Sitzung des ungarischen Oberhauses am 2. August. Zwei hervorragende Magnaten drückten ihre Befriedigung über die Neutralitäts Politik der Regierung aus. Graf Johann Cziráky erklärte es als einen wahren Trost für jeden Ungar zu sehen:

„wie unser Cabinet sich um die Erhaltung der Neutralität so eifrig bemüht. Durch diese ihre Bestrebungen hat die Regierung den Dank nicht nur Ungarns, sondern auch Oesterreichs, ja des gebildeten Europa sich erworben. Redner wünscht nur, daß Regierung, Volk und Presse auch in Zukunft in dieser Frage vereint und

ebenso weise wie bisher vorgehen mügen. Unter der Regierung unseres religiösen, väterlichen Fürsten haben wir nicht zu fürchten, daß er ohne Noth sich in einen Krieg einlassen sollte, nur muß die ganze Nation wie ein Mann erklären, daß sie den Frieden, so lange er möglich, erhalten will. Dies zu erklären, ist zumeist die ungarische Legislative berufen, da in diesem feierlich ernstlichen Momente die Vertreter der anderen Reichshälfte nicht versammelt sind, damit auch sie in dieser hochwichtigen, gemeinsamen Angelegenheit ihre Ansicht aussprechen.“

Im gleichen Sinne, aber noch entschiedener, sprach Graf Anton Szécsen. Der Inhalt seiner Rede ist zu bedeutungsvoll um sie nicht auch jetzt noch auszugsweise wiederzugeben. Graf Anton Szécsen zählt zu hervorragendsten Führern der alt-konservativen Partei, die in der letzteren Zeit stark in den Hintergrund gedrängt, namentlich in dieser Frage noch keine Veranlassung genommen hatte, ihre Anschauungen zu veröffentlichen. Allerdings war es bekannt, daß es im Schooße dieser Partei an Sympathien für den preussischen Staat nicht fehlte, die allerdings bei einzelnen Mitgliedern mehr in konfessionellen als politischen Motiven beruhen. So z. B. hatte der bekannte Führer der ungarischen Protestanten in der Zeit des Druckes und der Vergewaltigung unter Bach und Thun, welche auch die Rechte der Evangelischen bedrohte, und deren hundertjährige Kirchenverfassung über den Haufen warf, Hofrath Zsedenci schon im Jahre 1868 in der Delegation ein Bündniß Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde empfohlen, und seither bei mehr als einer Gelegenheit seinen Sympathien für das Haus Hohenzollern Ausdruck gegeben.

Graf Anton Szécsen's Stellung ist jedoch eine ganz andere. Niemand wird ihm den Vorwurf einer besonderen Vorliebe für Graf Bismarck machen können, er ist entschieden dynastisch gesinnt, und erfreut sich auch bei Hofe ganz besonderer Sympathien. Wenn nun dieser Staatsmann, der sich berufen glaubt, Nachfolger des Grafen Beust zu werden, und aus seiner Candidatur um den Reichskanzler-Posten gar kein Fehl macht, seine volle Zustimmung zu der von der k. und k. Regierung eingeschlagenen Neutralitäts-Politik ausspricht, so beweist dies, daß auch in seinen Kreisen diese Politik ihre Zustimmung gefunden haben muß, und daß somit alle Parteien in Ungarn — die äußerste Linke wie die Altkonservativen, die Deak-Partei wie die gemäßigte Linke — mit der Politik des Reichskanzlers vollkommen einverstanden waren. Wie nun nachträglich Manche aus dieser von ihnen gebilligten, ja geradezu vorgezeichneten Politik dem Reichskanzler einen Vorwurf machen können, ist schwer begreiflich. Doch lassen wir diesen, um

mit dem Grafen Derindur in der „Schuld“ zu sprechen, „Zwiespalt der Natur“, hinter welchen ganz andere unlautere Motive verborgen sind, und hören wir Bruchstücke aus der Rede des neuesten Bewerbers um den wenig begehrenswerthen Reichskanzler-Posten.

Graf Anton Szécsen erklärte sich damit einverstanden, daß die österreichische Regierung Neutralität in dem ausgebrochenen Kriege beobachtete, und sagte, es sei wichtig, dabei wohl ins Auge zu fassen, daß, so unvermuthet immerhin im Augenblicke der Krieg auch ausgebrochen sein mag, doch die kriegerische Verwicklung zwischen Frankreich und Preußen lange genug vorauszu sehen gewesen sei, und daß man also annehmen müsse, die österreichische Regierung habe ihre jetzige neutrale Lage nicht improvisirt, sondern es sei dies der Ausdruck einer mit klarer Erkenntniß angenommenen politischen Richtung, und hiezu gebe er eben seine vollste Zustimmung.

Dem Grafen Szécsen scheint es selbstverständlich, daß wir nicht be rufen sein können, unser Schwert zur Vertheidigung von Staatengebilden zu ziehen, die ohne uns und gegen uns geschaffen worden sind. Die Theilnahme in diesem Sinne wäre wohl in keinem Theile der Monarchie, viel leicht selbst nicht im Kreise jener auswärtigen Macht, der sie zugute kommen sollte, jetzt für möglich gehalten worden. Aber ebenso wenig könne man auf der anderen Seite ein positives Interesse entdecken, welches uns zu einer Theilnahme am Kampfe bestimmen könnte, denn dieses Interesse könnte einzig und allein eine dauernde, den Frieden sichernde Neugestaltung Mittel-Europa's sein. Graf Szécsen erklärte, er habe niemals die Schwär merei für die deutsche Einheit getheilt; indeß einem Volke gegenüber, in welchem nicht alle nationalen Gefühle erstorben seien, gebe es keine dau ernden Lösungen, welche durch fremde Macht gebracht werden. Jede solche Lösung, welche einer Organisation Deutschlands in Folge fremder Einflüsse und fremder Siege zur Grundlage dienen würde, wäre schon deshalb keine Garantie des dauernden Friedens; sie würde Europa die Ruhe nicht geben, sondern nur den Keim neuer Verwicklungen ausstreuen. Deshalb scheint dem Redner unter solchen Verhältnissen die Politik der Neutralität schlechter dings geboten zu sein, und diese Politik der Neutralität sei keine Politik der Schwäche, wofern eben eine selbstbewußte Neutralität gepflegt werde; die Politik der Schwäche wäre, sich ohne ein zwingendes Gebot der eigensten Interessen in den Krieg treiben zu lassen. Nicht eine Politik der Schwäche sei es, mit dem Blute, dem Wohlstande, der freiheitlichen Ent wicklung der Völker sorgsam hauszuhalten, und sie nur für die höchsten.

klar erkannten Zwecke der staatlichen Existenz einzusetzen. Man muthe dem Heere keine Forderung der Schwäche zu, wenn man voraussetze, daß es in der Unterordnung seiner wohlberechtigten Kriegslust unter höhere Staatszwecke ein Opfer zu bringen verstehe, das um so höher zu veranschlagen sei, je schwerer es zu bringen wäre.

Graf Szécsen ist weit entfernt, die Gefahren der Neutralität zu verkennen. Es können sich in Folge des Krieges politische Gestaltungen bilden, welche eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die deutschen Länder der Monarchie ausüben. So meinen die vorsorglichen Politiker. Ihnen gegenüber erklärt der Redner, er theile diese Besorgniß nicht, sondern sei überzeugt, daß das Gefühl österreichischer Zusammengehörigkeit auch in den deutschen Elementen stark genug sei, um einer solchen Anziehungskraft zu widerstehen, wenn man es verstehe, diesen Elementen die ihrer Bedeutung entsprechende Stellung zu bewahren (Sehr wahr!), in ihnen das stolze Gefühl zu erhalten, einem mächtigen Staatengebilde anzugehören, und wenn man von ihnen nur jene Beschränkung ihrer nationalen Gefühle fordert, die der Bestand der Monarchie unerläßlich erheischt. Gefährlich wäre die Politik, die berechtigten nationalen Empfindungen zu ignoriren oder sie unbedingt zu verwerfen. (Ganz richtig, nur Schade, daß die Gesinnungsgegnossen des Grafen Szécsen in Ungarn, Böhmen und anderen interessanten Ländern nicht diese gerechten und weisen Ansichten theilen, vielmehr an der Hand vergilbter Pergamente das Gegentheil durchzuführen bestrebt sind.)

So vielen Kreisen herrschte die Besorgniß vor einer anderen naheliegenden Gefahr der Neutralität, die sich darauf gründe, daß die streitenden Mächte sich auf Kosten der neutralen vergleichen könnten. Diese Besorgniß, wenn sie berechtigt wäre, sei auch durch die Theilnahme am Kriege nicht beseitigt, weil diese Theilnahme immer nur eine secundäre sein werde und die Möglichkeit ebenso nahe läge, daß, wenn die beiden kämpfenden Hauptmächte sich endlich vergleichen, sie dies auf Kosten der secundären Mächte thun würden. Bei dem heutigen Gegensatz innerhalb der beiden Mächte, die heute am Rheine mit einander kämpfen, sei indeß diese ganze Anschauung unanwendbar. Graf Szécsen kann die Ueberzeugung nicht fahren lassen, daß sich die neutrale Friedensstellung wahren lassen werde, wenn man nur entschlossen ist, auch Alles an ihre Wahrung zu setzen, und wenn man unter der Politik der Neutralität nicht jene Politik der freien Hand versteht, welche gewisse europäische Regierungen bisweilen verfolgt haben. Neutrale Regierungen können allerdings neu auftauchenden Ereignissen gegenüber sich die vollste Freiheit der Action wahren, aber die Politik des Friedens hat

ihr bestimmtes Ziel, den Frieden, während die Politik der sogenannten freien Hand nur zu oft die Gelegenheit abwartete, bei welcher mit Nutzen in die kriegerische Action eingetreten werden könne. Redner hält es bereits für eine Gefährdung, im vorhinein die Eventualitäten auch nur laut zu discutiren, unter denen man seine Neutralität aufgeben würde.

Einen besondern Theil seiner Rede widmete Graf Szecsen der Beziehung Oesterreichs zu Rußland und opponirte der Meinung von dem unvermeidlichen Gegensatz der österreichischen zu den russischen Interessen und von der Nothwendigkeit, diesen Gegensatz durch einen Krieg auszukämpfen. Der Redner meint, wenn selbst ein solcher Gegensatz bestehe, so sei es ein großer Unterschied in der Zeit, wann dieser Kampf endlich entbrennen müsse. Darüber könnten noch Jahrhunderte vergehen, und es wäre ein verhängnißvoller Mißgriff, bloß aus der theoretischen Erkenntniß, daß unlösbare Gegensätze vorhanden sind, sogleich auf die Nothwendigkeit eines unmittelbaren feindlichen Zusammenstoßes zu schließen. Er vergleicht die Zeitigung des Zusammenstoßes mit dem Vorgehen eines Mannes, der durch das Fenster aus dem Hause springt, um einer entfernt liegenden Gefahr in seinem eigenen Hause zu entgehen. Die Politik selbstbewußter Neutralität mit voller Entschiedenheit festgehalten — so schloß der Redner unter lebhaftester Zustimmung der Versammlung seine Rede — sichere nicht nur uns den Frieden, sondern sie biete vielleicht die Möglichkeit, ihn auch Anderen zu bringen, und wenn es dieser vielgeprüften Monarchie, an deren Bestand er mit aller Kraft und Wärme seiner Ueberzeugung hänge, beschieden wäre, Europa den Beweis zu liefern, daß es ihr gelungen ist, das verheerende Feuer des Krieges nicht weiter zu leiten, sondern in gewisse Grenzen zu bannen, wenn zur Durchführung dieser Aufgabe sich Oesterreich und Ungarn mit Entschiedenheit und Opferwilligkeit vereinigen, dann wird die friedliche Neutralität, die wir bewahrt haben, dem Ansehen, der Ehre und dem Interesse des Staates zu dauerndem Vortheile gereichen.“

Was ist der langen Rede kürzer Sinn? nichts anderes, als daß Graf Anton Szecsen als ein Vertheidiger der Venustischen Politik anzutreten sich veranlaßt fühlte, und daß er, falls er schon damals als der deutsch-französische Krieg seine erste, zweite und dritte Phase durchgemacht hatte, den hohen Posten bekleidet haben würde, den sein Patriotismus und sein Ehrgeiz heute anstreben — ganz dieselbe Politik wie Graf Venst eingeschlagen haben würde. Sie beweist ferner, daß auch in jenen Kreisen, zu deren begabtesten Führern Graf Anton Szecsen zählt, eine gesunde und heute allein mögliche und nutzbringende Politik

der Interessen, die Realpolitik, die nicht träumerisch-nebelhafte Ideale verfolgt, sondern mit den gegebenen Faktoren rechnet, Platz gegriffen hat, und die bisherige veraltete, unfruchtbare und verderbliche traditionelle Politik aufgegeben zu sein scheint. Sie beweist, daß zwischen der alt-konservativen, der katholisch-konservativen Adelspartei, und dem gegenwärtigen Reichskanzler in den großen Fragen der äußeren Politik eine viel größere Uebereinstimmung besteht als dies nach den heftigen offenen und verdeckten Angriffen dieser Partei, und den perfiden und ungerechten Verdächtigungen des Grafen Beust durch Organe, wie z. B. das „Vaterland“ (zu deren Protectoren Graf Szécsen früher wenigstens gehörte) den Anschein hatte. Es beweist endlich, daß eine Demissionirung oder Verdrängung des Grafen Beust nur einen Personalwechsel aber beileibe keinen Systemwechsel in sich schließen würde; denn wer würde heute, wo die Politik Oesterreichs durch die Ereignisse geradezu vorgezeichnet ist, wohl den Muth oder die Macht haben, eine auch nur im Allergeringsten von der Beust'schen abweichende Politik zu inauguriren, oder etwa gar (sei es Rom, sei es Berlin gegenüber) in die alten für immer verlassenen Pfade einzulenken?

* * *

Diese seltene Uebereinstimmung mit der Regierungs-Politik trat aber nicht nur etwa in den beiden Häusern des ungarischen Landtages, in Clubb- und Volksversammlungen, sondern auch in der gesammten ungarischen Presse sowohl in den in deutscher als in ungarischer Sprache geschriebenen Organen der öffentlichen Meinung bis auf wenige Ausnahmen — zu Tage. Als die „Reform“ beim Beginn und in der ersten Phase des Krieges stark in französischen Sympathien machte, und unter Anderen sich zu der thörichten dreisten Aeußerung hinreißen ließ, „daß jeder Sieg Frankreichs zugleich ein Sieg Oesterreichs und jede französische Niederlage gleichzeitig eine österreichische Niederlage sei“, wель' ein Sturm erhob sich da in der ganzen ungarischen Presse!

Wie beeilte sich das verbreitetste und bedeutendste Organ der hauptstädtischen Journalistik der „Pester Lloyd“ diese Privatsympathien zu bekämpfen und jeden Schein zu beseitigen, als ob das — bisweilen vom ungarischen Ministerium — inspirirte Blatt die Anschauungen leitender Kreise wiedergäbe. Wie entrüstet fielen die ungarischen Blätter über ihre Kollegen her. In Kraftausdrücken — wie sie nur diesem unwüchfigen Volke eigen sind — warfen sie der „Reform“ publicistische

Prügel an den Kopf, und „Ellenör“, „Hon“ und andere beschuldigten die Redaktion geradezu des „Landesverrathes“. Oder wären etwa einige in deutscher Sprache geschriebene Schimpfblätter, oder etwa gar der „Magyar Allam“ maßgebend gewesen, welche allerdings französische Sympathien bezeugten. Gibt es einen Staatsmann in Ungarn, der eine Politik im Sinne des letztgenannten Blättchens zu treiben wahnsinnig genug wäre*). Die in ungarischer Sprache geschriebenen Blätter, die „drei Lloyd“, alle ohne Ausnahme, plädirten für die Neutralität und gingen mitunter in ihrem Eifer so weit, den Reichskanzler ganz ohne Grund zu beschuldigen, und die Befürchtung auszudrücken, daß Graf Beust's „französische Sympathien“ Oesterreich-Ungarn in den Krieg stürzen werden, während sie allen Grund gehabt hätten — wenigstens einige Zeit lang — diese Befürchtung an eine andere nähere Adresse zu richten. Daß nach der „wunderbaren Wendung“ diese Journale — namentlich auch der „Pester Lloyd“ einen anderen Ton anschlugen, und daß namentlich letzteres Journal schon von den „Mezeleien bei Metz“ an „preußen-feindlichen“ Gesinnungen annahm, als Graf Beust jemals gewesen ist, das ist nicht die Schuld des Reichskanzlers, sondern einzig und allein ihrer eigenen Schwäche und Kurzsichtigkeit. Uebrigens ist die Redaktion des „Pester Lloyd“ ehrenwerth und wahrheitsliebend genug, jederzeit zuzugestehen, daß die Politik des Reichskanzlers ganz und gar in dem Fahrwasser sich bewegt hat, das Ungarn ihm vorgezeichnet hat. Der „Pester Lloyd“ gibt es nach wie vor zu, daß die Festhaltung an der Neutralitäts-Politik für Oesterreich-Ungarn geboten war**) und des-

*) Der „Magyar Allam“, das wenig gelesene Organ einer extremen kirchlichen Partei, brachte Mitte Juli einen Artikel über die Kriegesfrage, der in folgender Weise schloß: „Der Krieg, dessen schreckliches fernes Donnerrollen schon an unser Ohr schlägt, ist ein furchtbares Werkzeug in der Hand Gottes. Unsere Liber-tiner erwarten von ihm den Sieg ihrer Doctrinen; wir aber erwarten von ihm den glänzendsten Sieg der größten katholischen Nation, als dessen Frucht wir gleichzeitig zu begrüßen wünschen, daß die Preußen- und Russenmacht in beschei-dene Schranken zurückgedrängt, und in Folge davon der bisherige bewaffnete Frie-den abgelöst werden wird durch den wahrhaften Frieden und dessen Segnungen; daß durch Wiederherstellung Polens (!) Europa und in erster Linie das St. Ste-phansreich einen dauernden Schutzdamm erhalte gegen den moskowitischen Despo-tismus; daß die Freiheit überall auch für den Katholicismus gesichert sei und auch die römische Frage definitiv gelöst werde. Das sind unsere Hoffnungen! — Der Gott der Heerschaaren wird richten über die Kämpfenden!“

**) Nach den Niederlagen bei Sedan gab der „Pester Lloyd“ es zu, daß man mit Rüstungen nur Preußen und Rußland provocirt hätte. Sehr treffend sagt

abouirte erst kürzlich ihren Münchener Correspondenten den satissam bekannten Heißsporn (!) und ultramontanen Ehrenmann Sigl, der in einem lamentablen Briefe die neutralen Gesinnungen des Grafen Andrassy beklagte. In den letzten Nummern *) öffnete die Redaktion „einer nicht journalistischen Feder“ ihre Spalten, welche in einer Reihe von Artikeln „Randglossen zum preussisch-französischen Kriege“ in ausgezeichnete Weise und mit staatsmännlichem Geiste die Ereignisse seit Anfangs Juli recapitulirt: ein publicistisches Essay, dessen Lectüre wir Jedermann bestens empfehlen können.

* * *

Soll ich auf die Stimmung und Kundgebung in der westlichen Hälfte der Monarchie hinweisen. Jeder, der nur halbwegs die Ereignisse verfolgt, und täglich seine Zeitung liest — und wer liest sie heute sie nicht! — weiß es, daß die öffentlichen Kundgebungen für strikteste Neutralität, für Aufrechterhaltung des Friedens nach Tausenden zählen, daß von der Reichshauptstadt und den deutschen Provinzialhauptstädten an bis zu den kleinsten Marktflecken keine zurückblieb, als es galt die Wünsche der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Gemeindevertretungen, Handelskammern, Vereine, Corporationen, Genossenschaften wetteiferten miteinander der Regierung kund und zu wissen zu thun, daß das österreichische Volk den Frieden erhalten wissen wollte, daß es durch-

es in einem Artikel: „Mit einem Observationskorps von 100,000 Mann an der österreichisch-ungarischen Grenze hätten wir im schlimmsten Falle Rußland in die Action gerufen, im besten Falle nur 100—150,000 Mann preussischer Truppen gebunden, eine Ziffer, die fast nicht einmal zu nennen ist gegenüber den 1.200,000 Mann, die Preußen heute im Felde bereits stehen hat, und die es durch die so eben ausgeschriebene Recrutirung um neuerliche 200,000 Mann erhöhen wird. Sind Jene, welche die Aufstellung eines österreichisch-ungarischen Observationskorps als das Maximum politischer Weisheit preisen, jetzt noch im Unklaren darüber, wem der Nachstoß des siegreichen Preußens gegolten haben würde? Können uns diese Herren von der Militärpartei die Garantie bieten, daß dann nicht die Belohnung, welche Preußen den Südstaaten großmüthig in Aussicht stellt, aus dem Fleische Oesterreichs geschnitten worden wäre? Freilich, hört man die Militärpartei renommiren, dann sollte man glauben, wir könnten dann den Kampf mit der ganzen Welt aufnehmen; wir aber, denen das Interesse der Monarchie höher steht, als der Ehrgeiz einiger Wenigen, wollen zufrieden sein, wenn uns die Militärpartei in Frieden läßt und sich bei ihren Erfolgen, wie bisher, auf die — halbe Welt beschränkt.“

*) „Pester Lloyd“ vom 8. und 9. October.

aus keine Betheiligung Oesterreichs am Kriege — am allerwenigsten aber zu Gunsten Frankreichs — wünsche. Tant und unzweideutig äußerten sich hauptstädtische und Provinzialblätter — einige wenige ganz obscure und einflußlose Blätter, die entweder mit welfisch-hessischen Geld erkaufte oder zur Vertheidigung der Interessen der depössedirten Fürsten eigends gegründet wurden — im Sinne der strikten unbewaffneten Neutralität. Selbst feudale und klerikale Blätter konnten dem Zuge nicht widerstehen, und bis auf einige von fanatischen Landpriestern inspirirte Winkelblätter verzichteten sie darauf gegen den Strom zu schwimmen*) Französishe Sympathien zeigten sich nur ganz vereinzelt, und wurden allenthalben sofort von der Stimme des Volkes niedergeschlagen. Als in einem Vorstadttheater Wiens eine geldgierige Theaterdirektion ein Spektakelstück aufführte, worin Napoleon I. verherrlicht und die Preußen in einem Tableau geschlagen wurden, gab es so lärmende mißbilligende Demonstrationen, daß die Polizei interveniren und die weitere Aufführung sistiren mußte. — Als ein vorlauter Militär-Kapellmeister dem Publikum den Napoleon-Marsch — wir wissen nicht, ob aus eigenem Antriebe oder in Folge höherer Weisung — zu octroyiren sich erlaubte, da gab es abermals Spektakel. Dagegen erzwang sich das Publikum die von einer allzuvorsichtigen, die Neutralität engherzig auffassenden Polizei anfänglich verpönte „Wacht am Rhein,“ und seither ist der Schlachtgesang der deutschen Krieger auch das Volks- und Lieblings-

*) Der „Volksfreund“, das Organ des Cardinal Rauscher, überraschte oder erfreute vielmehr durch eine leidenschaftslose objektive Beurtheilung der Dinge und eine ehrenwerthe deutsche Gesinnung, die den bekannten centralistischen Gesinnungen des hohen Kirchenfürsten und seiner Abneigung gegen den Helden des zweiten Dezember und das Staatsstreich-Regime in Frankreich entsprach. — Das Salzburger Kirchenblatt“ nahm für Deutschland gegen Frankreich Partei, aber selbst das feudale „Vaterland“ bekämpfte den Gedanken einer Allianz mit Frankreich, wendete sich gleich anfangs gegen die französischen Sympathien und protestirte dagegen, als ob dieselben unter den Conservativen Oesterreichs vorherrschend wären. Das genannte Adelsblatt fand es ganz natürlich, daß die Deutsch-Oesterreicher den Sieg Deutschlands hoffen und wünschen, oder, wie es sich in seiner Sprachweise ausdrückt, „daß sie für den Sieg Deutschlands zu dem Allmächtigen flehen“, und sagt schließlich: „Gott bewahre Europa und bewahre Oesterreich vor dem Unheil, welches daraus hervorgehen dürfte, wenn Napoleon als Triumphator aus diesem Kriege heimkehren sollte, er, der seine Macht und seinen Ruhm darin gesucht und nur darin gefunden hat, die Grundlagen des öffentlichen Rechtes in Europa zu zerstören.“

lied der Wiener und aller Deutsch Oesterreicher. Alle Drehorgeln spielen, alle Gesangsvereine singen, die Kinder summen die „Wacht am Rhein,“ im Theater wird das historisch gewordene Lied allabendlich 2—3mal wiederholt. Und wie in der Metropole des Reichs, so ist es überall wo Deutsch Oesterreicher leben. Als Napoleon gefangen wurde und seine Armee bei Sedan capituliren mußte, da jubelte Wien laut; in den Tyroler Bergen, in Innsbruck, in Bozen, in den steyerischen und böhmischen Gebirgen leuchteten Freudenfeuer. Die aus Oesterreich für die kämpfenden und verwundeten deutschen Krieger gesendeten Liebesgaben belaufen sich auf Zehntausende und abermals Zehntausende — „mit einem Worte das deutsch österreichische Volk hat diesmal laut genug gesprochen, welche Haltung von seiner Regierung es wünsche und erwarte, aber auch die nicht-deutschen Oesterreicher, wenn auch die Sympathien vieler im französischen Lager sein mochten, verlangten laut und unzweideutig, daß die Regierung an dem Princip der Nicht-Einmischung festhalten möge. An der Spitze dieser Kundgebungen stand die Handelskammer in Triest, deren Mitgliedern gewiß Niemand „Deutschthümelei“ vorwerfen wird. Aus „Czechien“ und Galizien folgten mehr als eine derartige Resolution. Allerdings hat es in den letztgenannten Ländern nicht an französischenfreundlichen Kundgebungen gefehlt, aber bis zu einer directen Aufforderung an die k. k. Regierung in den Krieg einzutreten verstiegen sich selbst die interessanten Nationen, die „struppigen Caryatidenhäupter“ wie Hebbel sie nannte, nicht der galizische Landtag nahm einen sehr dehnbaren gallophilen Passus in seine Adresse auf. Als aber der Neuegat Julian Klaczko die Versammlung in einer von widerlichen augenverbrehenden Frömmerei und ekelhaft fanatischen Deutschenhaß triefenden Rede veranlassen wollte, ein Mehreres zu thun, wies der nüchterne gesunde — und sagen wir es — der loyal-österreichische-Sinn der Versammlung das Ansinnen des römisch-französischen Parteigängers und Erzhofrath zurück. „Wer immer es ehrlich mit dem Wohle, der Zukunft und Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie meinte und nicht Privatsympathien, Partikular- und egoistische Interessen über das Reichs-Interesse stellte, mußte die friedlichen, neutralen Gesinnungen der k. k. Regierung billigen und unterstützen! Eine Action Oesterreichs nach der einen oder anderen Seite wäre ein Unglück für die Monarchie gewesen“ Organe, wie einige polnische oder czechische, welche entweder eine abentheuerliche Politik verfolgten oder ganz offen ihren Wünschen nach dem Zerfalle der Monarchie Ausdruck gaben, entzogen sich der Berücksichtigung und

bildeten vielmehr ein Object für den Staatsanwalt, als für den Staatsmann. Wenn einige polnische Zeitungen von Oesterreich eine Widerherstellung Polens und zu diesem Behufe eine Kriegserklärung gegen Rußland verlangten, so entsprangen diese Wünsche jedenfalls mehr einem exaltirten polnischen als einem österreichischen Gefühle und zeigten von einem größeren polnischen Patriotismus als — Verstande *) Wenn aber die Prager „Politik“ es offen aussprach, daß die Sympathien der Czeden auf Seite jener kriegführenden Macht ständen, welche Oesterreich am schwersten beschädigen würde, so fehlen uns die Worte um einen so unerhörten frechen Chirismus nach Gebühr zu brandmarken.

Diese wenigen unrühmlichen Ausnahmen und czechisch-polnisch-slovenisch-ultramontanen Specialitäten abgerechnet unterstützten alle Partheien, alle Nationalitäten, alle berücksichtigungswerthen Factoren beider Reichshälften die Neutralitäts-Politik der österreichischen Regierung, wie wir im Obigen nachgewiesen zu haben glauben. Ein Staatsmann, der die berechnete öffentliche Meinung berücksichtigen wollte, konnte gar nicht anders handeln, ihm waren die Wege vorgezeichnet!

V.

Oesterreich-Ungarns Politik nach dem Kriege, und seine Haltung dem neuen deutschen Bundesstaat gegenüber.

Wir haben in den vorhergehenden Capiteln die Zweckmäßigkeit, Consequenz und völlige Uebereinstimmung der Politik des gemeinsamen k. k. Ministeriums des Auswärtigen vom Beginne des Krieges an bis

*) Um nur ein Beispiel statt vielen anzuführen, citiren wir die Auslassungen des „Kraj“, der in einer seiner Juli-Nummern in folgender Weise politisirte: „Sollte Rußland neutral bleiben, so werden wir den Krieg nur mit Bedauern entbrennen sehen, denn er hätte für uns keine andere Folge, als daß abermals viel polnisches Blut fließen würde. Denn im Falle Preußen siegen sollte, würde eine polnische Provinz mit aller Gewalt germanisirt werden. Sollte aber Frankreich aus dem Kampfe siegreich hervorgehen, so wäre die unmittelbare Folge hievon, daß die dominirende Stellung Oesterreichs in Deutschland wieder hergestellt würde, was speziell für uns sehr schädlich wäre. Eine solche unllare verschwommene Politik trieb mehr als ein polnisches Blatt. Vielen von ihnen galt Polen Alles und Oesterreich — sehr wenig.“

zum heutigen Tage nachzuweisen versucht. Der Krieg nähert sich allem Anscheine nach seinem Ende, denn nach dem fast unzweifelhaften baldigen Fall von Paris und Metz, der letzten Burgen des todtmüden, mit seinen letzten Kräften erringenden Frankreich, dürften die Friedensverhandlungen ernstlich aufgenommen, und die Intervention der neutralen Mächte diesmal wohl in beiden kriegsführenden Lagern erwünscht sein und zu Resultaten führen. — Während wir diese Rundschau über die Politik der österreichischen Regierung niederschrieben, erschien die Fortsetzung der bereits oben angeführten „Randglossen zum preussisch-französischen Krieg“ im „Pester Lloyd“, welche mit genauer Sachkenntniß, seltenem Scharfblick und einem nicht gewöhnlichen staatsmännischen Talent die Frage beleuchten, wie sich das Verhältniß der österreichisch-ungarischen Monarchie nach beendetem Kriege zu Deutschland-Preußen gestalten dürfte. Da dieses Exposé unzweifelhaft aus offizieller Feder herrührt*), und überdies interessante Streiflichter auf die gegenwärtigen Beziehungen Oesterreichs zu den übrigen neutralen Staaten wirft, haben wir uns entschlossen, unsererseits des Weiteren auf das Wort zu verzichten, und an Stelle unserer eigenen subjektiven Erörterungen den Schluß dieses Exposés zu setzen, umsomehr, da der Inhalt desselben bis auf wenige Einzelheiten fast ganz mit unseren Aufschauungen der Sachlage und der nächsten Zukunft Deutschlands und Oesterreichs übereinstimmt. Wir werden nur zum Schlusse der wörtlich mitgetheilten staatsmännischen Abhandlung derselben einige Bemerkungen beifügen, die mehr an die Adresse unserer Freunde und Gesinnungsgenossen in Norddeutschland gerichtet sein werden.

Der geistvolle Verfasser der „Randglossen“, den wir bei seinem weitreichenden objektiven Scharfblick, seinem ausgezeichneten publicistischen Talente, und seinen nahen Beziehungen zu k. k. Regierungen in dem letzten Decennium hiermit auffordern möchten, eine „Geschichte der österreichischen Politik des letzten Decenniums“ zu schreiben, hält Umschau unter den tonangebenden Mächten Europa's, und indem er den Charakter ihrer Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn prüft, gelangt er zu nachfolgendem Resultate:

*) Als Verfasser wurden theils der Sektionschef im auswärtigen Amte zu Wien, Ritter von Hofmann, theils der Hofrath und Leiter des Pressbureau, der Reichskanzler Johann Falke Ritter v. Lilienau bezeichnet. Die letztere Meinung scheint die richtigere zu sein. Herr von Falke, einer der ausgezeichnetsten Beamten der Reichskanzlei und Publicist par excellence, ist bekanntlich ein Ungar.

Italien! Glückliches Italien, das von Jahr zu Jahr die melancholische Dichterprophezeiung von dem *dono infelice di tristezza*, *dono infelice della morte* mehr zu Schanden werden sieht! Die Ereignisse der letzten Wochen haben ihm die Erfüllung des höchsten Wunsches aller Patrioten als reife Frucht in den Schooß fallen lassen. Waren die Beziehungen dieser Macht zu Oesterreich-Ungarn schon vor dem Kriege, die einer aufrichtigen Freundschaft, so muß die Haltung unseres Cabinets in den letzten Phasen der Geschichte Italiens nicht bloß in den offiziellen Kreisen, sondern im Herzen der so begeisterungsfähigen italienischen Nation den letzten Rest jener Bitterkeit aufgesaugt haben, die noch als Rückschlag aus alten Zeiten zurückgeblieben sein mag. In dem Maße aber, als Italien an Oesterreich-Ungarn einen wohlmeinenden Rathgeber und treuen Nachbar fand, konnte es auch seinen Beziehungen zur gemeinsamen Monarchie rückhaltlos jene Wärme und Innigkeit verleihen, welche oft ein werthvolleres Unterpfand dauernder Freundschaft ist, als paraphirte Stipulationen es zu sein vermögen.

Mehr als irgend auf dem Continent, hat in England das blutige Drama, dessen Entwicklung wir lauschen, zum Nachdenken angeregt. Trügen nicht unzweideutige Symptome, so bereitet sich im Britenreiche ein Umschwung der Stimmung vor, der bei dem intimen Rapport zwischen öffentlicher Meinung und Regierung nicht ohne Rückwirkung auf die fernere Richtung der englischen Politik bleiben dürfte. Man beginnt, so scheint es, allmählig der Erkenntniß Raum zu geben, daß die glückliche territoriale Isolirung des Inselreiches nicht das immer und ausschließliche Bestimmende seiner Politik sein könne, daß das Prinzip der Defensive, einmal zum Dogma erhoben, auch seine Kehrseite habe, von der aus betrachtet, sogar die wirtschaftlichen Interessen des Landes gefährdet erscheinen. Nichts natürlicher als der Schritt, der von solchen Erwägungen, denen es an Illustrationen nicht gebricht, zu einer Annäherung an die Continentalmächte führt, und zwar vorzugsweise an Jene, bei welchen man von Haus aus der friedfertigsten Tendenzen gewiß sein darf; nichts natürlicher — und fügen wir hinzu erfreulicher — als daß hiedurch die seit Jahren bestehenden, und unsererseits mit aller Sorgfalt gehegten guten Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn nur gekräftigt werden können.

Mit großer Nüchternheit und alle Schönsärberei bei Seite lassend, wollen die Verhältnisse der gemeinsamen Monarchie zu den anderen Großmächten beurtheilt sein. Was Rußland anbelangt, so fanden sich

hierüber schon in dem vorigen Abschnitt dieser Randglossen einige die Situation kennzeichnende Bemerkungen eingestreut. Keinesfalls ist es nöthig, hier mit rauher Hand jene Punkte zu bezeichnen, in denen sich unleugbar manche geradezu vitale Interessen der beiden Nachbarstaaten diametral entgegenstehen. Ob sich für solche Widersprüche eine friedliche Lösung finden wird, bei der Oesterreich-Ungarn keine Einbuße an Macht und Freiheit erleidet, — die Zukunft muß darüber entscheiden, und Schreiber dieses hofft noch später Gelegenheit zu finden, auf diese das Leben und Streben unseres gemeinsamen Vaterlandes vielleicht zu allermeist berührende Partie eingehender zurückzukommen. Aber desto bestimmter und zuversichtlicher kann die Thatsache registriert werden, daß die Beziehungen zwischen Rußland und der österreichisch-ungarischen Monarchie seit dem Unglücksjahre 1854, dessen völlig verfehlte Politik den Niedergang unserer europäischen Machtstellung inaugurierte, nie besser und constanter waren, als sie sich neuestens gestaltet haben. Wie groß auch in Rußland die Eingenommenheit gegen Oesterreich-Ungarn sein mag, der Einsicht wird man sich in den dortigen maßgebenden Kreisen nicht zu verschließen im Stande sein, daß die außerordentliche Mäßigung, welche sich unsere Staatsmänner in Uebereinstimmung mit der großen Majorität der Völker auferlegten, Rußland vor der Eventualität bewahrt hat, sich in einen Krieg verwickelt zu sehen, unter Umständen, die, ohnerachtet der kolossalen Hilfsmittel des Czarenreiches, nichts weniger denn einer vollen Machtentfaltung günstig waren, und eine solche nur mit Aufwand der äußersten Anstrengung ermöglicht hätten. Ohne die Dankbarkeit oder das Gefühl der Anerkennung wenigstens, dessen man in Rußland fähig sein wird, zu überschätzen, hieße es doch, sich der grinsenden Skepsis in die Arme werfen, wollte man, angesichts dieser Thatsache und bei dem loyalen Sinn des jetzt regierenden Souveräns, zögern, der Hoffnung, daß dieser Zwischenfall nicht ohne günstige Rückwirkung auf die künftige Gestaltung der Beziehungen zu unserem nordischen Nachbar sein werde, einen beachtenswerthen Grad von Berechtigung einzuräumen.

In Deutschland — und es sei gestattet, mit dieser nationalen Gesamtbezeichnung einem unausbleiblichen staatsrechtlichen Prozesse vorzugreifen — in Deutschland wogten vor Beginn des Krieges offene Sympathien und schlecht oder gar nicht verhehlte Antipathien gegen den Besiegten von 1866 durcheinander. Nicht sei darum heute ein Stein geworfen auf Den oder Jenen. Aber das deutsche Volk hat einen bla-

tigen Läuterungsprozeß durchgemacht. Dem begreiflichen Siegesrausch wird, dafür bürgt seine Denknatur, die Zeit ruhiger Ueberlegung, gewissenhaften Abwägens folgen. Und einmal dabei angelangt, ist uns nicht bange, daß der Wahrheit die ihr gebührende Ehre wird. Die Geschichte der letzten zwei Monate, mit allen ihren offenkundigen und enthüllten Details, die im großen Hauptquartier längst kein Geheimniß sein dürften, liefert den vollgiltigsten, unanfechtbaren Beweis dafür, daß es ein — ob wissentlich, ob absichtslos gehegter — Irrthum war, der Oesterreich-Ungarn als den geschwornen Feind des deutschen Nachbarstaates im Norden hinzustellen liebte. In Wien hat man, das ist nun hoffentlich selbst jedem noch hartnäckigen Widersacher alles Oesterreichischen klar geworden, die Velleitäten einer rivallirenden Machtpolitik über Bord geschleudert, und unseren Staatsmännern wurde es zur zweiten Natur förmlich, anschließend Interessenpolitik zu machen, ohne irgend welchen Reminiszzenzen oder Traditionen Einfluß zu gestatten. Nicht oft genug kann man das hochherzige Fürstenwort ins Gedächtniß der Mitwelt rufen: „Nicht der geheime Gedanke der Wiedervergeltung sei es, der uns leitet; die edlere Genugthuung sei uns beschieden, wenn es uns immer mehr gelingt, Ungunst und Feindseligkeit in Achtung und Zuneigung zu verwandeln.“ Nun, wir müßten verzweifeln an der ererbten Stammesugend, an dem Geradsinn und der Ehrlichkeit der deutschen Nation, gebe es in ihrer Mitte noch Verleumder, welche zu behaupten wagten, daß Oesterreich-Ungarn anders gehandelt habe, als wie es der Kaiser vom Throne herab verhieß zu einer Zeit, da der frischen Wunde noch das Blut entquoll. Wir gehen nicht so weit, wie jenes deutsche Blatt, welches Preußen daran erinnert wissen wollte, daß nur die vollkommene Verlässlichkeit des loyalen österreichischen Nachbarn ihm — Preußen — eine rasche Konzentrirung seiner Streitkräfte auf dem Kriegsschauplatz ermöglichte, denn wir beabsichtigen nicht Dank zu beanspruchen für einen Akt, den uns Konsequenz gebot, der aber nicht eine einseitige Begünstigung sein sollte, wie er es durch die geographische Lage gerade für den Einen der Kriegführenden wurde. Aber was wir erwarten, und wofür sich erfreulicher Weise die Anzeichen auch mehren, ist eine gerechte Würdigung unserer politischen Richtung, die, so wie sie nichts Bedrohliches oder Gehässiges für das deutsche Nachbarreich hat, in vielen Beziehungen dessen volle Billigung und Förderung beanspruchen könnte. Immerhin sei mit Genugthuung Akt genommen von der Wendung zum Besseren, wie sie sich in dieser Hinsicht allem Anscheine

nach anbahnt. — Und nun — the last, not least in love — zu Frankreich. Es wäre Thorheit, einer Nation, die, großgefängt mit Ruhmestradiationen, sich mit Einem fürchterlichen Schlage herabgestürzt fühlt in den Abgrund unsäglichen Elends, zuzumuthen, daß sie im Augenblicke dieses Sturzes in ihrem Urtheil über Andere Ruhe und Mäßigung walten lasse. Hat doch der grelle Blitzschlag ihr Auge so geblendet, daß es der eigenen Lage lange genug nicht ansichtig wurde. Machen wir uns also gefaßt auf so manchen Ausbruch leidenschaftlichen Unmuthes, auf so manche Anschuldigung, daß Oesterreich-Ungarn Frankreich im Stiche gelassen habe. Wie wenig thatsächliche Begründung solchen Insinuationen innewohnt, glauben wir bereits früher nachgewiesen zu haben. Aber auch im Schooße der schwergeprüften französischen Nation werden vorurtheilsfreie und billig denkende Männer den wahren Stand der Sache und damit das Unberechtigte und Unvernünftige jener Anschuldigung an's Licht bringen. Haben wir doch schon jetzt Enunciationen dieser Art zu verzeichnen, die sich durch die Brandung der blinden Erregtheit nicht abschrecken ließen, ihrer Ueberzeugung zur Ehrenrettung Oesterreich-Ungarns offen Ausdruck zu geben. Hat doch Fürst Latour d'Auvergne, der gerade in der verhängnißvollen Epoche als diplomatischer Vertreter Frankreichs in Wien fungirte, nicht blos die Ueberzeugung gewonnen, daß man die Franzosen hinterging, wenn man ihnen Illusionen über eine Cooperation von unserer Seite beibrachte, sondern er ist auch im gesetzgebenden Körper den voreiligen Schmähern Oesterreichs gegenüber dafür eingetreten, daß unsere Haltung keinen Vorwurf verdiene. Und erst vor Kurzem weilte in Wien ein französischer Staatsmann und Geschichtschreiber, der den Muth besaß, seine Stimme mit dem Warnungsrufe unseres Cabinets zu vereinen in einem Momente, wo diese Anfrichtigkeit noch als Landesverrath verkehrt wurde. Heute freilich hat die Erinnerung an jene Vorhersagung nicht wenig, wo nicht Alles dazu beigetragen, daß ganz Frankreich vertrauensvoll zu demselben Maune emporblickt, der damals mit Noth der Steinigung entging.

Sollte dieselbe bessere Einsicht nicht auch bei der Beurtheilung der Stellung Oesterreich-Ungarns Platz greifen? Man darf es um so eher hoffen, als jener Vertrauensmann der französischen Nation von seinem neuerlichen Aufenthalte in Wien die Ueberzeugung mitgenommen haben muß, daß die Sympathien für Frankreich und die

französische Nation, ohne Rücksicht auf die seitherige Gestaltung der inneren Verhältnisse, nicht im Mindesten erkaltet sind *).

Ziehen wir das Facit. Der Wolkten hangen genug am Horizonte, und jeder Augenblick kann deren neue vor sich hertreiben. Allein zugestanden werden muß, daß die politischen Beziehungen der gemeinsamen Monarchie zu jeder einzelnen der europäischen Großmächte durch die letzten betäubenden Ereignisse Alles in Allem nicht bloß nichts eingebüßt, sondern in mehrfacher Hinsicht sogar eine Besserung erfahren haben. Man mißverstehe nicht. Nicht als wollten wir die Dinge rosiger darstellen als sie sind, um uns an einen Grashalm zu klammern, den jeder Windhauch der Hand entreißen kann. Unsere Absicht ist es zunächst, darzulegen, daß, Dank der im Einklang mit dem Völkerwillen beobachteten bisherigen Politik gegenüber dem Riesenkampfe, unsere Lage nach Außen nicht bloß keine beunruhigende geworden ist, sondern in mehrfacher Beziehung eine so günstige Configuration der Umstände aufweist, daß alle Hoffnung vorhanden ist, Oesterreich-Ungarn aus dieser Sturm- und Drangperiode ungeschwächt, ja gekräftigt hervorgehen zu sehen, vorausgesetzt, daß es den leitenden Staatsmännern gelingt, die gegebenen Prämissen vorurtheilsfrei und glücklich auszunützen.

„Der jüngsten Vergangenheit, der unmittelbaren Gegenwart galten die bisherigen Betrachtungen. Insoweit es sich hiebei darum handelte, manche „schwankende Gestalt“ der zeitgenössischen Geschichte festzuhalten, Ereignisse im Lichte der Wahrheit und in jenem Causalnexus darzustellen, der zur richtigen Beurtheilung derselben unerlässlich ist, durfte der Verfasser für sich den Vortheil einer genaueren Vertrautheit mit den Geschehnissen in Anspruch nehmen. Nun er aber an das Probleme geht, einen Calcül über den in der nächsten Zukunft gebotenen Tenor der österreichisch ungarischen Politik anzustellen, crachtet er es zu-

*) Insoferne sich dies auf Sympathien in Regierungskreisen beziehen soll, mag dies sich allerdings so verhalten. Dagegen können wir nicht dem Verfasser der „Randglossen“ beistimmen, wenn er etwa von großen allgemeinen Sympathien in der Bevölkerung sprechen wollte. Diese finden sich höchstens unter Polen, Czechen und anderen interessanten Nationen. Die deutsch-österreichische Bevölkerung hat bis auf verschwindende Bruchtheile vom Anfang an bis heute ihre deutsche nationale Gesinnung in Wort und That bekundet, und den frevelhaften Raubkrieg Frankreichs verdammt, und in den mit Jubel begrüßten Siegen Deutschlands eine gerechte Bücktigung französischen Uebermuthes erblickt.

vörderst für Gewissenspflicht gegenüber dem Leser, sich nachdrücklich gegen jede Unterstellung zu verwahren, welche seinen Bemerkungen einen anderen Charakter vindiziren wollte, als den einer unbefangenen, unmaßgeblichen Darlegung seiner Ueberzeugung, auf welche keine andere Rücksicht bestimmend einzuwirken vermochte, als das Gefühl dynastischer Treue und der innige Wunsch, den Bestand des Gesamtreiches ungeschwälert und unerschüttert aus der verhängnißvollen Krise hervorgehen zu sehen. Die gleichen Gesinnungen inspiriren, dessen ist er gewiß, auch die Männer, die vor Allen berufen erscheinen, Richtung und Ziel der bevorstehenden politischen Campagne festzusetzen; schon aus diesem Grunde darf er die Hoffnung hegen, daß die hier niederzulegenden Gedanken auch in diesen Kreisen sich einiger Würdigung zu erfreuen haben möchten.

Zwei Fragen sind es, die sich nach Betrachtung der Sachlage dem sorgenvollen Gemüthe eines Jeden, der Antheil nimmt an den Geschicken der Monarchie, aufdrängen:

1. Wie wird sich die österreichisch-ungarische Diplomatie dem — ob jetzt, ob erst später — bevorstehenden Abschlusse des Kampfes gegenüber zu stellen haben? und

2. Welche Haltung wird Oesterreich-Ungarn als gemeinsames Reich angesichts der sich in nächster Folge des Krieges anbahnenden und vollziehenden Umgestaltung Deutschlands einnehmen?

Verweilen wir bei der ersten Frage.

Obne Beispiel in der Geschichte steht die fabelhafte Kürze der Zeit, innerhalb welcher sich die Entscheidung des Kampfes vollzog. Von Wörth bis Sedan, von Sieg zu Sieg flogen die deutschen Waffen mit einer Behendigkeit, wie man sie überall eher als im Typus des deutschen Wesens suchen durfte. Vom 3. August bis zum 3. September — diese Spanne Zeit umfaßt den eigentlichen Entscheidungskampf. Mit dem Tage von Sedan, mit der Gefangennahme einer ganzen Armee, mit der Wegführung des Imperators in ritterliches Gewahrsam, war der deutsche Siegeszug in seinem Zenith angelangt. So wenigstens hörte man damals von allen Seiten ausrufen und selbst in den Jubel, mit dem das siegesgekrönte Deutschland die Waffenthaten seiner Heere begrüßte, mischte sich, die Freude steigend, das erleichternde Aufathmen der Zuversicht, daß es nun genug sei des grausamen Spieles, daß dem wilden Waffentanze bald der Friedensreigen folgen werde. In dieser Hoffnung sah sich — man darf wohl sagen — halb Europa getäuscht. Rasch hatte es sich gewöhnt, die großen historischen Epochen nach Minuten zu

messen, und nun sieht es Stunde um Stunde verrinnen, ansichtslos, daß sie der genährten Erwartung Erfüllung brächte. „Hat der Würgengel noch nicht genug der Opfer hingerafft? Ist der nationalen Ehre Deutschlands nicht blutige Satisfaktion geworden? Soll der Kampf zu einem barbarischen Gladiatorenringen ausarten, in dem sich der Sieger nicht damit begnügt, den Ueberwundenen aus hundert Wunden bluten zu sehen? So lauten die Fragen, welche nachgerade die öffentliche Meinung in den am Kampfe nicht theilnehmenden Staaten bestürmen, und erfreuliches Zeugniß geben in dieser trostlosen Zeit, daß das Volksbewußtsein sich nicht loszuschälen vermag von den heiligen Grundfäden der Humanität, die es eingefogen, als es die Lehren des Christenthums eintauschte gegen heidnischen Unglauben, die mit ihm aufwuchsen und erstarkten in dem Maße, als die Zivilisation moderner Jahrhunderte den finstern Wahn des Mittelalters verschenkte, als die Segnungen der Bildung, die Satzungen des Rechtes den Begriff der allgemeinen Wohlfahrt reinigten von den Schlacken eines durch Macht- und Sprachgrenzen bedingten Egoismus. Was ist natürlicher, als daß die Völker, in denen noch Menschlichkeit pulst, mit solchen Fragen sich zunächst an ihre Regierungen wenden! „Wie lange noch“ — so rufen sie — „werdet Ihr müßige Zuschauer des Schauerdramas bleiben, ohne dem Werke der Vernichtung, in dem sich zwei Culturnationen erschöpfen, Einhalt zu thun?“ An die Adresse der neutralen Mächte überhaupt gerichtet, in denen man mit richtigem Instincte die berufenen Vermittler erblickt, spitzen sich derartige herbe Vorwürfe auch gegen die österreichisch-ungarische Regierung zu. Wir achten die Quelle, der sie entspringen; wir würdigen und billigen die edlen Regungen, von denen sie diktiert sind; allein ebenso unumwunden müssen wir ihre Berechtigung bestreiten, namentlich sofern sie in österreichisch-ungarischen Organen ihren Dolmetsch finden. Früher schon haben wir dargelegt, daß, sobald die gemeinsame Regierung sich dem Kriegsfall gegenüber in jene Reserve zurückziehen mußte, die ihr durch die Verhältnisse auferlegt war, und von den Organen der öffentlichen Meinung nicht nur acceptirt, sondern direkt vorgezeichnet wurde, sie auch alle Konsequenzen eines solchen Entschlusses vorweg mit in den Kauf nehmen mußte. Zu diesen Konsequenzen gehört nunmehr auch die, von ihr selbst wahrscheinlich nicht weniger als von den Friedensfreunden bedauerte Nothwendigkeit, die bei Ausbruch des Kampfes angenommene, durchaus passive Haltung zu bewahren bis zum völligen Erlöschen desselben, selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Neutralität des ge-

meinsamen Staatsgebietes auch von den Kriegführenden respektirt wird. War diese Zurückhaltung ein natürlicher Ausfluß der von Anbeginn des Konfliktes eingenommenen, und von der öffentlichen Meinung geheißten Position, so wurde sie zu einer Nothwendigkeit, angesichts des Scheiterns jenes früherer Stelle erwähnten Versuches, ein kollektives Vorgehen der Kabinete von St. James, Florenz, Petersburg und Wien sicherzustellen. Sie wurde aber vollends zu einem Gebote der Klugheit, eben im Interesse des schulichst herbeigewünschten Friedens, durch die Wendung der Dinge auf dem Kriegsschauplatze. So lange beide Kämpen sich bis an die Zähne gerüstet gegenüberstanden, ja selbst dann noch, als die ersten Schlachten der Waffenehre des Einen eine ruhmvolle Genugthnung boten, so lange konnte eine Intervention Platz greifen, ohne der Verdächtigung Raum zu geben, als handle es sich dabei um ein anderes Interesse, außer jenem der Reetablirung des europäischen Friedens. In dem Momente jedoch, da der eine Theil entwaffnet zu Boden geworfen wurde, war es für die österreichisch-ungarische Diplomatie schlechterdings unmöglich geworden, eine vermittelnde Thätigkeit zu entfalten, die, bei der notorischen, in Adressen, Resolutionen und Zeitungsartikeln demonstrativ affichirten Stimmung im Lager des Siegers, einer einseitigen Parteinahme gleichgehalten worden wäre und Oesterreich-Ungarn um die mühsam errungenen Vortheile seiner neutralen Stellung gebracht haben würde. Wohl war damals eine Dazwischenkunft nicht absolut ausgeschlossen. Allein sollte sie nicht ein Schlag in's Wasser oder gar ein Schlag in's eigene Gesicht werden, so mußte sie entweder kollektiv erfolgen oder von einer solchen Macht ausgehen, die, sei es den Ereignissen und ihren absehbaren Nachwirkungen so ferne stand wie England, sei es moralisch so offenkundig auf Seiten des Siegers stand, wie Rußland, um von Haus aus nicht dem Verdachte angesetzt zu sein, als würde eine derartige Einmischung von der Absicht geleitet, selbstische Zwecke zu fördern oder die Interessen des Siegers zu schmälern. Es ist bekannt, daß weder England noch Rußland sich zu einem ähnlichen Schritte aufrafften, und so muß man annehmen, daß man in London und Petersburg nach sorgfältiger Prüfung der obwaltenden Verhältnisse und Stimmungen den Moment hiesfür nicht für gekommen erachtete und noch nicht erachtet. Oesterreich-Ungarn, und fügen wir hinzu auch Italien, vermag jenen beiden Großmächten in dieser Frage, den ihnen nach Lage der Dinge gebührenden Vortritt nicht streitig zu machen. Das bedarf wohl keines weiteren Beweises. Es kann eine Initiative nicht ergreifen, ebenso wenig

wie es im Falle des Friedensschlusses die Ausmessung des Preises, den sich der Sieger ausbedingt, anzusehen vermag; Alles, was man in ruhiger Berücksichtigung der geschaffenen Lage von unseren Staatsmännern verlangen kann ist, daß, sobald sich die Möglichkeit bietet, sie ihre Stimme im Rathe der Mächte erheben zu Gunsten der Mäßigung und der Billigkeit, und daß sie keine Gelegenheit verabsäumen, auch ihrerseits zur Aufrichtung der Grundpfeiler eines dauernden, gedeihlichen Friedens kräftigst mitzuwirken. Nichts berechtigt uns, daran zu zweifeln, daß sie ihre Aufgabe in dieser Richtung erkennen, und daß die Friedensfreunde gewiß, wosern es nur auf die Intentionen unserer Staatsmänner ankäme, jener Möglichkeit und dieser Gelegenheit näher gerückt wären, als es leider allem Anscheine nach zur Stunde der Fall ist.

Die zweite Frage, die sich auf alle Lippen drängt, gilt der Stellung der gemeinsamen Monarchie zu der im Zuge befindlichen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands. Mannigfache Umstände tragen dazu bei, dieser Frage ein ganz besonderes Relief zu verleihen. Wenngleich jene schwungvolle Auffassung vielleicht etwas sanguinisch sein mag, welche den langwierigen Geburtswehen der deutschen Einheitsbewegung ein baldiges befriedigendes Ende verheißt, so wäre es doch thöricht, leugnen zu wollen, daß zur Erreichung des Zieles, um dessentwillen die Edelsten des deutschen Volkes seit Jahren ihr Bestes fruchtlos eingesetzt, ein mächtiger Ruck nach vorwärts geschah. Eine neue glänzende Ära bricht an für die deutsche Nation, die bislang durch leidige Zersplitterung ihres Wollens und Könnens nicht im Vollgenusse der imposanten Machtstellung war, auf welche vielhundertjährige Geschichte und die erklommene Kulturstufe ihr ein gewichtiges Anrecht geben. Was sich von dem Tage an, als das deutsche Volksbewußtsein im Schimmer jener Freiheitsleuchte, die das französische Volk so nervig schwang, erwachte, bis in unsere Tage der Verwirklichung des Einigungswerkes entgegenstellte, war nicht etwa der Mangel an ernstem Streben, als vielmehr das Hemmniß, welches dieses Streben in den Einflüssen fand, die maßgebend waren für die Gestaltung der inneren Beziehungen der vorhandenen einzelnen Theile zu dem erst zu schaffenden großen Ganzen. Wie das verstanden sein will, wird klarer werden, wenn wir, zurückgreifend in die Zeitgeschichte, an die beiden großen Strömungen erinnern, welche die Frage der Organisation des deutschen Gemeinwesens in zwei verschiedenen Richtungen betrieben. Die Eine suchte die Lösung des Problems auf dem friedlichen Wege freithätiger

Vereinbarung, ohne Verkürzung der Rechtsbefugnisse der einzelnen Theile zu Gunsten eines anderen, es wäre denn der Gesamtheit; die Andere behandelte die Frage als ein coincidirendes Moment der eigenen Macht, für deren Zuwachs die Theile aufzukommen hätten. Die erstere Tendenz hatte ein föderativ geeinigtes Deutschland, dem die Defensionatur von der Stirne abzulesen sein sollte, im Auge; die andere Richtung klammerte sich fest an dem Hintergedanken, die Macht Gesamtdeutschlands der eigenen Hausmacht nutzbar zu machen und die Summe der so gewonnenen Kraft nöthigenfalls auch offensiv zu verwerthen. Grundverschieden in ihren Absichten, waren die beiden Systeme es auch in der Wahl der anzuwendenden Mittel. War das Erstere dort, wo es sich um Rechte Dritter und um eigene Pflichten handelte, rücksichtsvoll und gewissenhaft bis zur Mangellosigkeit, so huldigte die zweite Richtung einer viel minder skrupulösen Denkart. Nicht offener kann man sich hierüber aussprechen, als jener ausgezeichnete Repräsentant der letztern Tendenz es seinerzeit mit der von der Tribüne herab abgegebenen Erklärung that: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Blut und Eisen.“

Diese beiden hier nur flüchtig angedeuteten Richtungen fanden im letzten Jahrzehnt zumal ihre Verkörperung in zwei Staatsmännern, deren Jeder heute an der Spitze eines großen Staatswesens steht, der Eine als Triumphtor, der Andere bemüht, die Erfolge seines Gegners anzuerkennen. Wenn sie auch heute wieder Beide berufen sein sollten, bestimmend einzugreifen in die Gestaltung Deutschlands, so wäre es doch nur purer Verblendung möglich zu verkennen, daß die Entscheidung eigentlich in der Hand des Vertreters der Blut- und Eisentheorie ruht. An ihm, zu dessen Gunsten das Loos fiel, ist es, sein Prinzip bis in die letzte Falte der Konsequenz zu verfolgen und es mit eiserner Hand durchzuführen. Diesem Prinzip gemäß wird dann auch freilich das neugestaltete Staatsgebäude seinen Ursprung nicht verleugnen können; wenigstens erscheint es nach den Gesetzen der Natur sehr fraglich, ob der blutige Ritt wirklich nur die Bausteine zu einem „Hort der Gottesfurcht und der guten Sitte“ zusammengefügt haben, ob nicht das im Blutbann gezeugte Kind die Male der Gewalt tragen wird. Uns in Oesterreich Ungarn stünde es jedoch übel an, wollten wir die Schuld dafür, daß es so kam, lediglich der Berliner politischen Schule anschlürden. Die Gerechtigkeit, zu der wir uns bei der auf unserer Seite jeden-

falls in höherem Grade vorhandenen Mächtigkeit eher emporschwingen können, erheischt es, daß die Politik des Wiener Kabinetts in der deutschen Frage, wie sie bis 1866 im Schwung war, mit verantwortlich gemacht werde für den endlichen Ausgang. Dieselben Suprematiegelüste, daselbe selbststüchtige Ringen um Hegemonie, wie es oben charakterisirt wurde, waren in Wien nicht weniger maßgebend als in Berlin. Auf Radomik folgte Schwarzenberg, wie auf Olmütz — Königgrätz! Es dürfte nicht schwer sein attemmäßig nachzuweisen, daß, wenn man in Wien noch in den Jahren 1864 und 1865 jene Rathschläge beherzigt hätte, welche derjenige deutsche Staatsmann, der als Vorseher des Föderativsystems gelten kann, mit großer Eindringlichkeit zu ertheilen sich verpflichtet fühlte, wir heute einer anderen Lösung der deutschen Frage gegenüberstünden, einer Lösung, wie sie den Interessen aller Theile der großen deutschen Stammesgenossenschaft, unbeschadet der Erhaltung des Ganzen, wie sie aber auch der Sicherung des Weltfriedens unbeschadet des europäischen Ansehens des deutschen Staatenbundes, nachhaltiger entsprochen haben würde. (??) Die unselige schleswig-holsteinische Politik der damaligen Wiener Regierung und deren nächste Folge, der Krieg des Jahres 1866, machte einen tiefen Strich durch alle Berechnungen. Aber selbst nach dem Prager Frieden, der das Eisenthuch zwischen Deutschland und Oesterreich entzweischneitt, scheint der eben bezeichnete Staatsmann, dem mittlerweile ein anderes Feld der Thätigkeit erschlossen wurde, die Hoffnung nicht ganz fallen gelassen zu haben, seine Gedanken über die Konstituierung Deutschlands der Verwirklichung näher gerückt zu sehen. Fühlte man doch in Deutschland selbst, im Süden wie im Norden, das Bedürfniß einer Annäherung an Oesterreich; wir erinnern da nur an die im Nothbuche eingehend gewürdigte Mission des Grafen Tensskirchen, der gegenüber allerdings nur ein von dem Berufe Oesterreich-Ungarn's durchdringener deutscher Minister die Enthaltensamkeit üben konnte, darauf hinzuweisen, daß Oesterreich nicht so leichten Kaufes jene Freiheit der Bewegung opfern könne, die es für die Rechte und Pflichten der mit dem Untergange des deutschen Bundes abgeschlossenen Epoche eingetauscht hat!

Welch' immer aber auch die Ansichten auf Herstellung eines realen Verbandes zwischen den einzelnen Gruppen, in welche der einstige deutsche Bund zer schlagen war, gewesen sein mochten: der gegenwärtige Krieg und seine nächste Rückwirkung auf Süddeutschland hat dieselben gründlich vernichtet, darüber darf man sich nicht täuschen. Gegen vollzogene That-

sachen ankämpfen heißt mit dem Kopf wider die Wand rennen. Es muß schmerzlich sein, in einem Prinzipienkampfe die Entscheidung nach jener Seite fallen zu sehen, der man sich in Bezug auf Lauterkeit der Intention nicht unterzuordnen vermag. Aber an diesem Schmerze hängen zu bleiben, sich von Empfindungen bemeistern zu lassen, wäre nichts Anderes als eine dem höchst materiellen Zuge der Zeit hohnsprechende Gefühlspolitik, die wir einem in der Schule des öffentlichen Lebens vielgeprüften Staatsmanne füglich nicht zutragen dürfen. Dem Geschehenen, Unabänderlichen Rechnung tragen und unter allen Umständen die Gelegenheit zur Wahrnehmung des eigenen Vortheiles nicht verpassen — das ist Staatskunst. Das Wohl des Reiches erheischt aber die Vermeidung jeder Verwickelung nach Außen, die gleichmäßige Befriedigung der Wünsche der Völker nach Innen. Letzteres erscheint zwar im gegebenen Falle nicht so leicht, denn die maßgebenden Strömungen in den beiden Reichshälften laufen einander schnurstracks zuwider.

In den Ländern der ungarischen Krone verhorreszirt man, Zeugniß dessen die wiederholten unzweideutigen Kundgebungen der Vertreter und der Presse, jede Einmischung der Monarchie in die Konstituierung Deutschlands, jeden Versuch, der auf eine Zurückgewinnung der ehemaligen Stellung Oesterreichs in Deutschland hinausliefe. In der anderen Reichshälfte ist es das zur maßgebenden Einflußnahme auf die Geschicke Oesterreichs bernfene deutsche Element der Bevölkerung, welches, mitunter nicht ohne Ueberschreitung (?) der durch Loyalität und Klugheit vorgezeichneten Schranken (?) und meist ohne Schonung begreiflicher Empfindlichkeit anderer Staatsgenossen, (!) seinen natürlichen Sympathien für die deutsch-nationale Sache dadurch Ausdruck gibt, daß es gegen jeden die Konsolidirung Deutschlands hindernden und erschwierenden Schritt hoch und theuer Verwahrung einlegt.

Diesen beiden Strömungen muß eine Regierung, die sich mit Recht österreichisch-ungarische nennen will, gerecht zu werden trachten. So schwierig es auf den ersten Blick dünken mag, so bieten doch die einfachsten Gesetze der Dynamik die Mittel um die resultirende dieser disparaten Kräfte zu finden. Zwei Wirkungen, die nach diametral entgegengesetzten Richtungen treiben, heben sich auf und bringen den Körper zum Stillstand. Will man es aber hierbei nicht bewenden lassen, dann erübrigt nichts, als einen Weg einzuschlagen, der inmitten beider Linien läuft, also keine derselben durchkreuzt. Entspräche aber eine solche Passi-

vität auch den Erigenzen des Staatswohles? Vergebens suchen wir nach Gründen, die diese Frage zu verneinen berechtigten.

Der Punkte gibt es freilich genug, an denen die künftige Gestaltung Deutschlands das Wohl und Wehe der Monarchie gar fühlbar tangirt. Wir brauchen nicht erst auf das in Deutsch-Oesterreich tief wurzelnde Bewußtsein der nationalen und kulturhistorischen Zusammengehörigkeit zu verweisen, nicht der Eventualitäten zu gedenken, welche die Umspannung eines großen Segmentes der Peripherie Oesterreichs durch eine unter der Führung eines einstmaligen Rivalen zusammengefaßte Macht im Gefolge haben kann. Allein, so wie wir einerseits voraussetzen müssen, daß das österreichische Bewußtsein, die dynastische Treue der Deutschen Oesterreichs diese lehren muß, sich daran zu gewöhnen, den völkerrechtlichen Beziehungen zu dem großen deutschen Reiche, aus dem nicht sie spontan sich ausgeschlossen haben, zu entsagen und sich vorerst mit dem geistigen Verbande gemeinsamer Sprache, gemeinsamer zivilisatorischer Mission zu begnügen; — ebenso müssen wir erwarten, es werde auch in den weitesten Kreisen des Nachbarreiches endlich jene Ueberzeugung Boden und Pflege finden, welche der Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns in den Worten niederlegte: „Die Freiheit der Bewegung Oesterreich-Ungarns ist für den Frieden Europa's nicht beunruhigend, sie weckt keine Gedanken des Ehrgeizes, sondern ihre Bedeutung liegt darin, daß die Staatskräfte der Monarchie fortan für keinen anderen Zweck, als für die eigensten Interessen der vom Kaiser und Könige regierten Völker in Anspruch genommen werden können.“

Wir versehen uns demnach zu der gemeinsamen Regierung, daß sie sich dem Umbildungsprozesse gegenüber, wie er in Deutschland sich vollziehen will, dieselbe Zurückhaltung auferlege, die sie zu allen anderen Phasen der letzten Epoche bewahrte. Die Enthaltksamkeit und Selbstverleugnung, die dies von dem leitenden Staatsmanne erfordert, kann dem Minister nicht schwer fallen, der in seiner Depesche an den Grafen Trauttmansdorff in München bei einer Gelegenheit, wo die Versuchung viel stärker an ihm herantrat, nicht Anstand nahm, zu erklären: „daß die bloße Aufforderung an Oesterreich, über die Konstituierung Deutschlands eine Meinung abzugeben, gewissermaßen die Schranken des Friedensvertrages von 1866 überschreitet,“ eine Aeußerung, die, so viel erinnerlich, in keinem der beiden Vertretungskörper auf Widerspruch stieß. Dem Gefühle der Deutschen Oesterreichs aber, welche diese Noth-

wendigkeit mit Betrübniß erfüllen mag, sollte in der Weise Rechnung getragen werden, daß man bestrebt ist, seiner Haltung den Grundton des aufrichtigen Wohlwollens zu geben, zumal es doch sicherlich nicht in der Intention Ungarns gelegen ist, die Sympathien, die man auch da der Sache des deutschen Volkes nie versagte, plötzlich in Ungunst umschlagen zu sehen.

Ueberhaupt wolle man nicht mißverstehen, was dem Autor hiebei vorschwebt. Nicht wie ein Dieb in der Nacht soll sich Oesterreich-Ungarn davonstehlen, wenn die Frage der Neugestaltung Deutschlands an dasselbe herantritt; nicht wie ein beschämter und geschlagener Gegner darf es sich in einer Sache benehmen, die ehrlich und aufrichtig zu fördern es unter anderen Umständen nicht gesäumt hätte; nicht schwellend und borstig soll es sich in ein Trutzwinkelchen zurückziehen, weil die Frucht in den Schoß einer Macht fällt, mit der es Dezennien lang in gleichem Gebiete rivalisirte. Von alledem sind wir weit entfernt.

Wir erachten es lediglich für geboten, vor Allem nicht störend und zersetzend auf den chemischen Prozeß einzuwirken, und so lange er in dem ersten Gährungsstadium sich befindet. An uns ist es jedoch, den Zeitpunkt nicht versäumen, in welchem der Embryo erkennbare Umrisse angenommen haben wird, um alsdann in korrekter Verwerthung und auf Grund unseres völkerrechtlich verbrieften Rechtes die uns gebührende Theilnahme an den Stipulationen über die Neugestaltung Deutschlands auszuüben und zwar in solcher Weise auszuüben, daß dadurch weder die in dem nationalen Bewußtsein eines einflußreichen Elementes der österreichischen Bevölkerung und in geheiligten Ueberlieferungen der regierenden Dynastie wurzelnde Sympathie für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Nationalsache verleugnet, noch aber die uns vertragsmäßig und politisch vorgezeichneten Schranken irgendwie überschritten werden.

Die Handhabe hiezu wird sich ganz von selbst darbieten. Sie liegt in den rechtsverbindlichen Bestimmungen des feierlichen Friedensschlusses in Prag. Wohl regt sich da und dort die Besorgniß, als könnte die Frivolität, welche unsere Zeit dem Vertragsrechte gegenüber so oft an den Tag legte, auch den Prager Frieden mit Füßen treten; und schon fehlt es nicht an cynischen Vordrufen jenseits der Reichsgrenzen, um einen förmlichen Vertragsbruch mundgerecht zu machen. Allein so bedauerlich diese Erscheinungen sind, von denen namentlich die Letztere aller geheiligten Traditionen von deutscher Treue und deutschem Worte frech spottet, so berechtigt doch nichts dazu, dem Kompaziszenten des Prager Friedens

eine auf Vertragsbruch gerichtete Absicht zu unterchieben. Im Gegentheil mehrten sich gewichtige Anzeichen dafür, daß man auf jener Seite eine solche Unterstellung zurückweise.

Angesehene Organe der Oeffentlichkeit (so erst in einer ihrer letzten Nummern die Berliner „Vossische Zeitung“) stellen den Artikel IV. des Prager Friedens an die Spitze jener Momente, denen man bei dem Reformwerke Rechnung zu tragen habe. Aber auch der Staatsmann, dessen Händen die Leitung Deutschlands anvertraut ist, scheint jene Vertragspflicht nicht ignoriren zu wollen. So muß man wenigstens aus seinen eigenen im norddeutschen Reichstage wiederholt abgegebenen Erklärungen schließen, Erklärungen, deren Inhalt doch nicht absichtslos gerade in allerneuester Zeit von einer inspirirten Berliner Feder in der „Allg. Ztg.“ in Erinnerung gebracht und dahin reasmirt wurde, „daß, wenn vom Süden Anträge auf Eintritt in den Nordbund gestellt werden sollten, Preußen nicht unterlassen würde, sich darüber mit Oesterreich in Gemäßheit des Prager Friedens in's Einvernehmen zu setzen.“ Die eherne Konsequenz und unerschütterliche Rücksichtslosigkeit, die Europa an diesem Staatslenker kennt, widerspricht der Vermuthung, als wären solche Aeußerungen nur der Courtoisie für den anderen Kontrahenten entsprungen und würden heute einzig wieder aufgesfrischt, um in den Wind gestreut zu werden.

Auf den Boden eines feierlich besiegelten Vertragsrechtes sich stellend, wird die gemeinsame Regierung ihre aufrichtige Geneigtheit zu einer ehrlichen Verständigung zu dokumentiren haben. Zuversichtlich gewärtigen wir, daß eine von Scheelsucht sich rein wissende, loyale Politik Mittel finden wird, um, ohne irgend ein Glied der österreichischen Völkerfamilie zu verletzen, jene internationalen Beziehungen zu dem eventuellen neuen Bundesstaate zu begründen, die den materiellen Interessen hüben und drüben entsprechen. Um so sicherer wird ihr dies gelingen, wosern sie sich, frei von aller Ueberstürzung, von jenem Geiste durchdringen lassen wird, der sich in einer der Oeffentlichkeit übergebenen Staatschrift des auswärtigen Amtes in dem Satze wieder spiegelt: „Weder Leidenschaften, noch Gefühle, noch historische Erinnerungen — seien es die des Jahres 1866 oder des vergangenen Jahrtausends — werden unsere künftigen Entschlüsse bestimmen, sondern es wird uns in erster Linie auf die Sicherheit und in zweiter Linie auf den Vortheil der Monarchie ankommen.“ — Soweit die Auslassungen des hofrätthlichen Publicisten, deren Voraussetzungen in Bezug auf eine von preussischer

Seite sich anbahnende Annäherung an Oesterreich-Ungarn vollkommen richtig sind.

Es scheint in der That jetzt der Moment eingetreten, wo die alte traditionelle Rivalität zwischen den beiden Staaten ihr Ende für immer erreicht haben dürfte, und aufrichtig freundschaftliche Beziehungen wie sie seit dem siebenjährigen Kriege niemals — oder nur vorübergehend ganz kurze Zeit — bestanden haben, an Stelle der Feindschaft und des Mißtrauens treten sollten. Sowohl mündliche Unterrednungen mit hervorragenden preussischen Staatsmännern, wie auch Briefe von Persönlichkeiten, welche den maßgebenden Kreisen in Berlin nahestehen, bestärken den Verfasser dieser Schrift in seinem Glauben. Jedweder triftige Grund, jede vernünftige Ursache sich einander zu befeinden oder Steine in den Weg zu legen, ist durch die jüngsten Ereignisse entsallen. Nach dem unglücklichen Kriege von 1866 war die Situation ganz verschieden. Der Prager Friede war eigentlich nichts anders als ein Waffenstillstand der beiden kriegführenden Staaten, eine von einer auswärtigen Macht aufgezwungene Vereinbarung, deren Bestimmungen daher von keinem der Paciscenten ehrlich gemeint waren. Jede, der beiden kontrahirenden Mächte hatte den Hintergedanken sich sobald als möglich der lästigen Fesseln, welche ihm der faule Friedensschluß anferlegt hatte, zu entledigen. Graf Bismarck machte im engeren Zirkel seinen Getreuen gegenüber kein Geheimniß daraus, daß die neu geschaffene Lage in Deutschland nur ein Provisorium sei, das kein Decennium überdauern werde. Im Grunde seines Herzens dachte er über den Prager Frieden ganz so wie die National-Liberalen, und wenn er dem ungestümen Eifer der Herren Lascher, Brann (Wiesbaden), Benningsen, und der badischen Heißsporne bei mehr als einer Gelegenheit einen Dämpfer aufsetzte und die Bestrebungen dieser Herren wiederholt mit der Pange seiner scharfen Satyre übergoss, so zeigte dies nur von seiner staatsmännischen Ueberlegenheit gegenüber dem unbernsten, und oft auch in Wahrheit ihm unerwünschte Drängen und Vorwärtsschieben-Wollen „dilettantisirender Politiker“. Im Uebrigen sprach Graf Bismarck es mehr als einmal aus, daß die Ueberbrückung des Rheins sich von selbst vollziehen werde, und zwar längstens bis zum Jahre 1875, in welchem der Zollvereinsvertrag mit den süddeutschen Staaten abgelaufen wäre, und eine Erneuerung hätte stattfinden müssen. Diese wäre jedoch an die Bedingung eines engeren Bündnisses der Südstaaten mit Preußen, respektive dem Norddeutschen Bunde geknüpft worden, und da wäre wohl den Südstaaten nichts anderes

übrig geblieben als nolens volens auf Preußens Bedingung einzugehen, da letzteres im entgegengesetzten Falle die „Unshungerungstheorie“ in Anwendung gebracht, und Bayern und Württemberg in die Alternative des Sein oder Nichtsein gar leicht gebracht haben würde. Aber auch Oesterreich, wenngleich es über Vertragstrene weniger elastische Begriffe hat als der dormalige Leiter der preussischen Politik, mußte den Prager Frieden als eine lästige Fessel betrachten, deren es sich sobald als möglich auf diese oder jene Weise zu entledigen suchen mußte, um so mehr als ihm derselbe — wie wir bereits an einer anderen Stelle unserer Schrift nachgewiesen haben — keinerlei reale Vortheile brachte; zumal der bei seinem Abschluß etwa vorschwebende Einfluß auf die Südstaaten durch die Schutz- und Trutzbündnisse illusorisch geworden war. Oesterreich, das weder die Macht hatte, noch in Folge des Dualismus den Willen haben konnte die verlorene Stellung in Deutschland zurück zu erobern, mußte sich darauf beschränken, auf dem Buchstaben des Vertrages zu beharren, nachdem der Geist desselben schon längst verflüchtigt war. Es konnte nichts weiter thun als ängstlich jede Ueberschreitung Preußens bewachen, und den siegreichen Gegner vom Jahre 1866 oder die besiegten weiland Bundesgenossen bei jedem Schritte, den sie in der Richtung der Mainlinie machten, an den Vertrag zu erinnern, und in Form eines Protestes das non licet tibi ihnen zuzurufen. Das war aber eine verdammt kleinliche Politik, die sich nur auf die Negation beschränken mußte, und am wenigsten für einen geschäftigen Geist, der sich wie Graf Beust, große weite Ziele vorgesteckt hatte eine beneidenswerthe Aufgabe. Graf Beust zählt nicht zu jenen Geistern, die „weil sie im Großen nichts verrichten können, es nun in Kleinen anfangen“, und wir glauben daher, daß ihm die Hinwegschwemmung des Prager Friedens durch die, von den deutschen Truppendurchzügen aufgerüttelten Mainwellen am wenigsten von allen Ereignissen der letzten Monate schlaflose Stunden bereitet haben dürfte. Im Gegentheile jetzt erst ist das gewichtigste Hinderniß einer Annäherung Oesterreichs und Preußens entfernt. Den „Prager Frieden“ anerkannte Oesterreich als besiegte Macht, es mußte, weil es nicht anders konnte, „der Noth gehorchend nicht dem eigenen Triebe“ den norddeutschen Bund anerkennen. Heute jedoch unmittelbar an dem Kampfe nicht theilhaft, ungeschwächt, ja im Momente trotz aller noch ungelöster innerer Wirren stärker als seit langer Zeit, wenn es sich auf Ungarn und seine deutschen Unterthanen stützt, handelt es nicht gezwungen, sondern ganz und gar ex libera voluntate, indem es ferne von

jedem Hintergedanken die neue aus dem Kampfe hervorgehende deutsche Gesamt-Staatsbildung anerkennt, ein für allemal jeder unberufenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, jeder Idee einer Wiedergewinnung der verlorenen Position in Deutschland entsagt, und analog mit seiner nationalen „italienischen Politik“ mit dem neuen deutschen Staate, er mag sich nun deutscher Bund oder deutsches Kaiserthum nennen, — wer wird sich heute noch an einen Titel stoßen! — Friede und Freundschaft schließt. — Dieses Ziel liegt der Venetianischen Politik nicht ferne. Es durchzuführen hängt allerdings von vielen wichtigen maßgebenden Faktoren, von den in nächster Zeit folgenden Ereignissen und von — Preußen zunächst ab. Daß Graf Andrassy einer der wichtigsten Faktoren, dieser Annäherungs Politik nicht mehr entgegentreten wird, wissen wir heute bestimmt. Vor einem, ja noch vor etwas weniger als zwei Monaten, war er ein entschiedener Gegner des Gedankens mit Preußen in eine wie immer geartete Verbindung zu treten, aber schon seit der Einsetzung der famosen Straßen-Emente-Regierung eines Gambetta-Rochefort und Cremieux in Paris, sind seine französisch-Napoleon'schen Velleitäten ein überwundener Standpunkt. Daß aber auch in Preußen sowohl Volk als Regierung lebhaft innigere festere Beziehungen zu Oesterreich wünschen, ist eine Thatsache, die dem aufmerksamen Beobachter der Ereignisse nicht entgehen kann. Seit dem: „Ein Hoch den Deutsch-Oesterreichern!“ überschriebenen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ in den letzten Julitagen bis zu den neuesten Kundgebungen preussischer, der Staatsregierung nahestehender Zeitungen *) ist keine

*) Wiederholt plädierte die „Spener'sche Ztg.“ die häufig von der preussischen Regierung inspirirt wird für das Zusammengehen mit Oesterreich. Sie führte aus, daß die „Vereinigung der deutschen Königskrone mit den verschiedenen Kronen der österreichischen Länder auf demselben Haupte“ und mit der modernen Staatenentwicklung „zu unüberträglich“ gewesen sei, eine gewaltsame Trennung zur „geschichtlichen Nothwendigkeit“ geworden. Jetzt aber sei wohl Niemand den deutschen Truppen auf der Karte gefolgt, „ohne sich zu erinnern, wie oft seit Jahrhunderten Deutschlands und Oesterreichs Krieger vereint dieselben Wege haben gehen müssen; wir fühlten jedoch, daß es uns vor dem Siege nicht anstehen würde, davon zu sprechen. Wir dürfen es jetzt, seit Oesterreich so laut gesprochen. Man sammelt für die deutschen Verwundeten trotz der Schwierigkeiten, die von Behörden gemacht werden; man singt die Weisen, mit denen die Deutschen in den Kampf gehen; man freut sich unserer Siege über den Erbfeind, als wären es eigene Siege. Und zu den Kundgebungen des Volkes und der Presse gesellen sich Erscheinungen in denjenigen Kreisen, denen es am schwersten werden mußte, die

irgendwie einflußreiche oder bemerkenswerthe Stimme laut geworden, welche sich gegen ein ferneres Zusammengehen mit Oesterreich ausgesprochen hätte. Schon lange vor Beginn des Krieges (im Monat April d. J.) schrieb eine offiziöse preussische Feder, der man durchaus nicht den Vorwurf übertriebener Begeisterung für Oesterreich machen kann, folgende bemerkenswerthe Stelle:

„In der That haben seit Jahresfrist die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Preußen eine günstige Wendung genommen und ein aufrichtig freundschaftliches Verhältniß zwischen den beiden mächtigen Staaten und verwandten Dynastien wurde durch die Besuche des Kronprinzen von Preußen und des Erzherzog Carl Ludwig an den Höfen von Wien und Berlin erneuert und besiegelt. In diesem Augenblicke gibt es keinen, auch nicht den unerheblichsten Differenzpunkt zwischen Preußen und Oesterreich, und liegt die Besichtigung ferne, daß irgend eine Frage von größerer Bedeutung nicht nach gegenseitigem Einvernehmen eine ganz homogene Auffassung finden würde. Oesterreich sieht der Kräftigung und Consolidirung des norddeutschen Bundes wenigstens nicht mit anfeindlichen Blicken zu, während Preußen nicht daran denkt, aus den inneren Kämpfen in Oesterreich Capital schlagen zu wollen, diese vielmehr als einen durch die veränderten Verfassungsverhältnisse erklärlichen und nothwendigen, gesunden Entwicklungsprozeß betrachtet.

Erinnert man sich, daß dem Grafen Dents mehr als einmal Gelegenheit geboten gewesen wäre, sich trotz Art. 4 des Prager Friedens oder gerade auf Grund desselben in deutsche Angelegenheiten einzumischen, daß Oesterreich, als die Luxemburger Frage auftauchte, geradezu aufgefordert wurde, zu interveniren, daß es, was die Abtretung der nördlichen Distrikte Schleswigs an Dänemark betrifft, durch den Art. 5 des Prager Friedens betheiligt ist, was selbst Graf Bismarck

Entfremdung zu überwinden, in Kreisen des österreichischen Heeres.“ — In ähnlichem Sinne äußerten sich schon wiederholt die „National Ztg.“, die „Volkstzg.“ u. A. Die „Liberale Correspondenz“, ein in Berlin erscheinendes, von Löwe-Calberedigirtes Blatt, veröffentlicht einen „Deutschland und Oesterreich“ überschriebenen Artikel, welcher folgende Sätze enthält: „Daß die Deutsch-Oesterreicher uns mit ihren Sympathien begleiten würden, wenn das Schicksal uns auf die Probe stellte, daran haben die nie gezeweifelt, welche das deutsch-österreichische Volk besser kennen. Daß es aber geschehen würde, sogleich beim ersten Anprall des Feindes, daß die Deutsch-Oesterreicher mit dem Ausdruck ihrer Sympathien nicht gewartet haben, bis die Ereignisse die Frage auch unmittelbar an Oesterreich selbst gestellt haben, das erhöht unsere Freude und vermehrt zugleich die Hoffnung, daß dieser Krieg, wenn er glücklich durchgeschlämpt ist, auch zu einer neuen Ordnung unserer Verhältnisse mit Deutsch-Oesterreich führen müsse. Nach der Begründung einer einheitlichen Verfassung für das jetzt den Krieg mit Frankreich führende Deutschland muß die Herstellung einer innigen Verbindung mit Oesterreich die nächste und wichtigste Aufgabe für eine wahrhaft deutsche Politik sein.“

bei mehr als einer Gelegenheit betonte, daß ferner die bayerisch-württembergischen Heißsporne gar zu gerne Oesterreichs Einnischung herbeiführen möchten, so muß man um so mehr die energische Festigkeit und Frelbensliebe der auswärtigen Politik des Reichskanzlers bewundern, die allen Versuchungen von Außen, allen welsch-gallisch-bujavarschen Anlockungen, allen Regungen des alten persönlichen Groles, und allem Drängen der kampflustigen alten Militär-Hof-Camarilla widerstand, und unausgeseht nur ein Ziel: das Interesse Oesterreichs nach Innen und Außen festhielt.“

Um wie viel mehr wird und muß jetzt nachdem die Enthalttsamkeits-Politik des österreichischen Reichskanzlers in der Stunde der Gefahr sich bewährt hat, in Berlin die günstige Stimmung für Oesterreich in den leitenden Kreisen sich verstärkt und befestigt haben. Und in der That ist dies der Fall. Es war am 19. und 23. Juli d. J. als Verfasser dieser Schrift Gelegenheit hatte mit einem der hervorragendsten und ausgezeichnetsten Staatsmänner in Berlin, dessen Stimme in den deutschen Angelegenheiten schwer ins Gewicht fällt, längere Unterredungen zu pflegen. Die Sprache kam auf die Haltung, welche Oesterreich in dem — damals bereits begonnenen — Kriege einnehmen dürfte. Die Meinung, welche der preussische Staatsmann über die österreichische Politik hatte, war eine günstige, die Zweifel an Oesterreichs ehrlicher Neutralität waren in den Berliner Regierungskreisen nur vereinzelt und gering, und wenn man auch nicht einen Augenblick sich der Täuschung hingab, daß Oesterreich für Deutschland — auch wenn dies in dem Kriege Nachtheile erleiden sollte — die Waffen ergreifen würde, so hielt man es doch nicht für wahrscheinlich, Oesterreich an der Seite Frankreichs zu treffen. Oesterreichs eigenes Interesse werde demselben die objectivste Neutralität, beiden kriegsführenden Theilen gegenüber, vorzeichnen, kalteklirte der Staatsmann in der Wilhelmstraße, und — er täuschte sich nicht. Interessant waren mir seine Ausführungen über die künftige Stellung Preussens Oesterreich gegenüber, im Falle ersteres siegreich aus dem Kampfe hervorgehen sollte. Seine Ansichten lassen sich etwa in folgendem Resümee wiedergeben: „Wenn Oesterreich uns in unserem Verteidigungskriege gegen Frankreich nicht stört, dann wird es sein eigener Nutzen sein. Das deutsche Unificationswerk, das, wie sich fast mit Gewißheit voraussagen läßt, eine Folge unserer Siege sein wird, und das Oesterreich, da die Südstaaten bereit sind, mit uns in eine engere dauernde Verbindung zu treten, nicht zu verhindern im Stande sein wird, wird dem Kaiserstaate selbst mehr Vortheile als Nachtheile bringen.“

„Seine Position in Deutschland hat Oesterreich bereits 1866 un-

widerbringlich verloren, diese wieder zu gewinnen, würde ihm selbst unter den für uns ungünstigsten Verhältnisse, bei der Apathie der Ungarn kaum möglich werden, noch auch wünschenswerth sein. Der Einfluß auf die Südstaaten, den der Prager Friede Oesterreich einräumte, war niemals mehr als eine Fiktion; den Grafen Beust halten wir aber für den Mann, der — er mag uns noch so wenig günstig gesinnt sein — jedenfalls mit realen Faktoren rechnet. Die fiktiven Verluste, die Oesterreich durch die Folgen des Krieges erleidet, dürften ihm durch andere richtige Vortheile zehnfach wieder aufgewogen werden, worunter die aufrichtige Freundschaft Deutschlands nicht die geringste sein würde. Unsere Interessen sind dann in mehr als einem Punkte mit den Interessen Oesterreichs identisch, das möge man in Wien nicht außer Acht lassen, und es wird an den österreichischen Staatsmännern allein liegen, diese Identität der Interessen zu Oesterreichs Vortheile anzunützen. Wenn man in Wien die alten Hegemonie-Gelüste, die Eifersucht auf unsere Entwicklung und Machtstellung in Deutschland vergessen, wenn man in hohen und höchsten Kreisen die unwiderstehliche Thatsache wird verschmerzen können, daß die Stellung, die einst das Haus Habsburg in Deutschland behauptete, durch einen logischen und historischen Entwicklungsprozeß auf das preussische Königshaus übergegangen ist, während dem Hause Habsburg und der österreichischen Monarchie eine ganz andere nicht minder wichtige und ruhmvolle Aufgabe zugewiesen wurde, — dann zweifle ich nicht, daß aus dem Kriege zu den man uns gezwungen hat, und aus der neutralen Haltung Oesterreichs eine dauerndere und aufrichtigere Freundschaft beider Staaten hervorgehen wird, als sie vielleicht jemals bestanden hat."

Auf meine Frage, ob Preußen — die früher berührten Eventualitäten vorangesetzt — geneigt sein dürfte, Oesterreich entgegenzukommen, sprach sich der obbezeichnete Staatsmann dahin aus, „daß dies die Folge lehren müsse und ganz von der Haltung Oesterreich-Ungarns abhängen werde.“ Die Ereignisse würden jedenfalls maßgebend sein. „Bis jetzt habe man in Wien gerade nicht die zuvorkommende Aufnahme für diesseitige Annäherungsversuche gefunden — allerdings waren wir nicht im Stande Oesterreich Das zu bieten, was es verlangte — vielleicht daß die kühle Reserve dann einem bereitwilligeren Entgegenkommen weichen dürfte. Im Falle eines durchgreifenden Sieges der deutschen Waffen, würde sich ja gar Vieles anders gestalten, und eine ganz neue Gruppierung der europäischen Mächte nicht ausbleiben können.“

Auf meine ausdrückliche Frage, ob und wie denn Preußen im Falle des Eintrittes der Südstaaten in den Norddeutschen Bund mit Oesterreich über Artikel IV sich benehmen werde, ward mir die Erwiderung: „Wir haben kaum weniger ängstlich als Oesterreich, jedes Hinausgehen über die Bestimmungen dieses Vertrages vermieden, und hintanzuhalten gesucht. Ist es unsere Schuld, wenn derselbe in sich selbst zerbröckelt und theilweise bereits hinfällig geworden ist? Jedenfalls wird an die Stelle des Prager Vertrages etwas Anderes treten müssen, wer aber könnte heute mit Bestimmtheit sagen, welcher Art dies sein, in welcher Form es geschehen wird? Alles dieses hängt mehr oder minder von den Chancen des Krieges, oder richtiger des Sieges ab, dessen Tragweite gar nicht zu ermessen ist.“

Höchst interessant war es mir unaufgefordert und mit einer gewissen Wärme aus demselben Munde zu vernehmen, wie ganz unbegründet und geradezu absurd die Befürchtungen sind, die man hie und da in Oesterreich ausspricht, daß ein Sieg Preußens und ein geeinigtes Deutschland unter dessen Führung für Oesterreich schon deshalb Gefahren birge, weil es eine starke Attraktionskraft auf die deutschen Provinzen Oesterreichs ausübe. Es wurde dies geradezu als ein „welfisches Manöver“ bezeichnet! „Wir sind zu gut und genau über die Stimmung in den deutschen Provinzen Oesterreichs unterrichtet, um nicht zu wissen, daß dort trotz aller jetzt hervortretenden deutschen Sympathien noch eine ganz beträchtliche Dosis „Preußenhaß“ bestehe, der theils eine Folge des Jahres 1866, theils, und zwar zum größeren Theil von verschiedenen Faktoren künstlich genährt wird. Am allerwenigsten zeigt sich der Wunsch preussisch zu werden, oder doch unter unsere Führung zu kommen. Dazu fehlen fast alle Elemente und Vorbedingungen. In Bayern und Württemberg ist dies ganz anders. Der fränkische und schwäbische Stamm sind uns Norddeutschen viel näher verwandt, und alle ultramontanen und partikularistischen Wühlereien vermochten nicht das Band, das die Süddeutschen an die nordischen Stämme kettet, zu zerstören. Die Deutsch-Oesterreicher sind uns aber durch die früher principiell gepflegte Abschließungsmethode ganz und gar entfremdet. Das System Metternichs und seines kaiserlichen Herrn blieb nicht ohne Wirkung. Das wird sich noch nach Decennien nicht ändern. Ueberdies kämen mit den deutsch-österreichischen Ländern, ganz fremde, ja geradezu feindliche Elemente in den neuen Bund hinüber. Fast alle deutschen Provinzen Oesterreichs sind zersetzt mit fremden Nationalitäten, kaum zwei oder drei sind rein deutsch,

wenn man überhaupt so sagen darf. Was würden wir mit den Wenden, Slovenen, Illyriern (!) anfangen, von den widerhaarigen Czeden gar nicht zu sprechen, die selbst der nicht-deutschen Wiener Regierung Schwierigkeiten machen. Wir würden die wenigen unzufriedenen Elemente, die unser norddeutscher Bund besitzt, und deren Versöhnung uns jetzt leicht gelingen wird, beträchtlich stärken und uns eine Opposition schaffen, die unter Umständen nicht nur lästig, sondern auch gefährlich werden könnte, weil ihr der patriotische Grundgedanke nicht innewohnen würde. Wer unsere Politik kennt, weiß, daß uns solche nebelhafte Ziele ferne liegen, und daß es unsere Aufgabe und unser vorzüglichstes Bestreben ist einen rein deutschen Bund zu schaffen, aus dem jedes, vom Hause aus disparate feindselige Element ausgeschlossen sein muß. Wir wissen recht gut — und in Wien wird man es wohl auch wissen — daß unser straffes, strammes Regiment keine Anziehungskraft auf die losen, unbundenen und zum Theil sehr schlaffen Elemente in den deutsch österreichischen Ländern hat. Von unserer Seite also droht Oesterreich keine Gefahr und zwar weder von dem Nordbunde, noch von einem durch alle oder einzelne süddeutsche Länder erweiterten Bunde. Vielmehr hätte Oesterreich von einer andern Seite zu fürchten, — doch das ist seine Sache und kümmert uns nicht.“

Sehr verwundert war der preussische Diplomat über die in Ungarn vorherrschende unfreundliche, ja nahezu feindselige Stimmung gegen Preußen und Deutschland, die selbst — wie er genau wisse — bis in Regierungskreise hinaufreiche. Er könne sich den Grund nicht erklären und begreife noch eher, wenn Czeden und Polen Antipathien gegen Deutschland zeigten, obwohl auch diese durchaus keine Ursache haben. Gerade Ungarns Haltung, dessen Volk so sehr auf seine Nationalität erpicht sei, müsse überraschen. Das deutsche Volk wolle nicht mehr als was das ungarische erstrebt und „nicht ganz ohne Zuthun unsererseits“ erreicht hat: die Kräftigung und Sicherstellung seiner Nationalität. „Von unserer Seite könne doch dem ungarischen Volke keine Gefahr drohen, im Gegentheile ist es viel wahrscheinlicher, daß Deutschland als der natürliche Bundesgenosse Ungarns gegen den drohenden Panславismus einstens für dessen Freiheit kämpfen dürfte. — „Ich weiß es, daß welsche Vorspiegelungen und französische Agitationen vielfach an der Begriffsverwirrung in Ungarn Schuld tragen, aber ich wundere mich, daß ein in politischer Beziehung so reifes, und in der Schule der Leiden gefühltes Volk wie die Magyaren, sich so leicht durch

persönliche Sympathien oder Antipathien einzelner seiner Stimmführer lenken lasse, und die Freundschaft des deutschen Volkes so gering schätze.

Ich zweifle übrigens bei dem gesunden Sinn der ungarischen Nation nicht an einen früher oder später erfolgenden Umschwung, und das baldige Platzgreifen der richtigeren Einsicht — wer und wo Ungarns Feinde sind, und würde bedauern, wenn die antipathischen Stimmen, die uns aus Ungarn zukommen sich mehren, und auch einen Rückschlag in Deutschland zur Folge hätten.

Wir haben die an interessanten Details reiche Unterredung des preußischen Diplomaten, dem Exposé (Randglossen) des österreichischen Staatsmannes an die Seite gesetzt, da beide so zu sagen sich ergänzen, und sich — erfreulicherweise — vielfache Berührungspunkte finden. Jemand, der wie der Verfasser dieser Schrift, durch seine sociale Stellung mit einem Fuße in dem einen, mit dem zweiten im anderen Lager steht, und nichts sehnlicher und vom ganzen Herzen aufrichtiger herbeiwünscht, als ein ehrliches einmüthiges Zusammengehen des „deutschen Kaiserreiches der nächsten Zukunft“ mit der verjüngten „im Inneren einigen“ *) und starken österreichisch-ungarischen Monarchie, darf keine Gelegenheit vorübergehen lassen, solche Berührungspunkte zu erfassen und nach Kräften auszubenten. Von dem Wunsche durchdrungen, das Versöhnungswerk zwischen beiden Staaten zu fördern — welches den von allen Völkern heiß ersehnten dauernden europäischen Frieden verbürgt — können wir nicht umhin, auch an unsere Freunde und Collegen in Norddeutschland die dringende Bitte zu richten, auch ihrerseits — im gemeinsamen Interesse — Alles zu vermeiden, was die zarte Knospe der jungen Freundschaft zwischen den beiden nur zu lange „feindlichen Brüdern,“ Oesterreich und Preußen, in ihrem Wachsthum stören könnte. Sind die norddeutschen Journale gegen die deutsch-österreichischen Völker gerecht geworden, deren Sympathien und patriotische Kundgebungen sie nach ihrem vollen Werthe würdigen, so mögen sie noch einen Schritt weiter gehen, und den — einst vielleicht berechtigten — heute völlig überflüssigen, ja in vielfacher Beziehung schädlichen Kampf gegen den

*) Bis jetzt leider noch halb und halb ein frommer Wunsch, aber wenn nicht die Anzeichen trügen, in nicht ferne Zukunft eine Wahrheit.

österreichischen Reichskanzler einstellen. Mag die frühere Politik des weis-land sächsischen Premierministers verdammenwerth (!?) gewesen sein — wir wollen hier nicht näher auf dieses Thema eingehen, um nicht kaum vernarbte Wunden aufzureißen, — genug der Erfolg hat gegen sie gesprochen. Heute ist sie in den Augen des Grafen Beust selbst ein überwundener Standpunkt. Wir, die wir innerhalb der schwarzgelben oder weiß-roth-grünen Schranken leben, wissen es besser, als viele unserer Kollegen, in den Ländern, wo das junge sieggekrönte schwarz-weiß-rothe Banner weht, daß der vielverkehrte österreichische Reichskanzler durchaus nicht das Hinderniß der Annäherung Preußens an Oesterreich, im Gegentheile vielmehr ein wesentlicher Faktor des Zustandekommens desselben ist.“ Der Graf Beust von 1870 ist ein ganz anderer als der Freiherr v. Beust von 1863. Letzterer ist todt, der erstere lebt seinen schwarzen und gelb-weißen Feinden zum Verderben. Ersterer war in mancher Beziehung ein Idealist, der schönen, schwarz-roth-goldenen Träumen — wir nennen es heute Phantome! — nachjagte, letzterer hat gereist durch Jahre, und mitunter sehr bittere Erfahrungen, zwar nicht seinen Humor, aber seinen Idealismus abgestreift, und ist ein kalt berechnender Staatsmann — hie und da sogar schon an die Berliner Schule streifend — geworden, der nur mit realen Faktoren rechnet. Es ist daher ein riesengroßer Irrthum, wenn norddeutsche, Oesterreich sonst so wohlgesinnte Blätter, wie die National Zeitung, die Spenersche Zeitung u. den Grafen Beust als Hinderniß besserer Beziehungen Preußens zu Oesterreich bezeichnen. Das ist weiter nichts als ein „welfisches Manöver,“ deren Urheber dem Reichskanzler seine Neutralitäts-Politik nicht verzeihen können, die ihre letzten Restaurationshoffnungen gründlich zerstört hat. Das ist eine ultramontane Finte, deren Verbreiter dem „protestantischen Reichskanzler“ nicht verzeihen können, daß er Oesterreich von dem Alp des Concordates befreit, und die segensreichen Staatsgrundgesetze bei der Krone durchgesetzt hat, und die gar zu gerne Oesterreich mit einer Reichskanzlerschaft des apostatischen Grafen aus Holsstein oder des gräßlichen „Wenzels-Anbeter“ aus Czechien beglücken möchte. Das ist ein Trugschluß der säbelrassenden, bramarbasirenden Militär-Camarilla, welche es dem „aus der Fremde importirten Staatsmanne“ nicht vergessen kann, daß er ihre Gelüste nicht befriedigt, und der durch ihre Schuld desorganisirten unfertigen Armee nicht einen neuen Nebel von Chlum oder ein zweites Sadowa bereitet hat. Das ist eine reche Lüge, ausgeheckt von der vereinigten Coalition czechisch-slowenisch

feudaler Agitatoren, Moskauer und anderer Wallfahrer, die zum Hohne für das in Oesterreich maßgebende liberal-deutsche Element einem alt-konservativen Ungarn die Wege in die Reichskanzlei bahnen wollen, in der trügerischen Hoffnung, durch Drest-Szeesen, dem Pylades Clam-Martiniz und mit diesem der rothen und schwarzen Reaction cis et trans Leytham Thür und Thor zu öffnen.

Für uns hätte es fürwahr nicht erst der so eklatanten Genugthuung, welche dem österreichischen Kanzler von seinem norddeutschen Kollegen in jüngster Zeit zu Theil wurde *) bedurft, um zu wissen, daß man in preussischen Regierungskreisen nichts weniger als eine Verdrängung des Grafen Beust von seinem dormaligen Posten wünscht und wünschen kann. Wir wissen es aus der kompetentesten Quelle, daß Graf Bismarck weit entfernt ist, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates zu mischen, und einer anderen Macht den Rath zu er-

*) Die „Spener'sche Ztg.“ schloß einen im Ganzen für Oesterreich sehr wohlmeinenden Artikel mit folgendem Passus: „Wenn wir jetzt es aussprechen, wie gern Norddeutschland diese Sympathien in Oesterreich erwidert, und wie sehr wir sie in Uebereinstimmung mit dem beiderseitigen Urtheil finden, so haben wir eine Mißdeutung und unfreundliche Aufnahme nur vor einer kleinen Coterie ehrgeiziger Elemente zu besorgen, welche leider von dem Manne, den der Kaiser in einem unglücklichen Augenblicke zu seinem ersten Rathgeber gewählt hatte, zu seinen Zwecken benützt werden.“ Treffend bemerkt hierzu die „Neue freie Presse“, deren deutsche Haltung über jeden Zweifel erhoben ist: „In dieser Schlupfwinkel macht sich das Berliner Blatt jedoch eines großen Irrthums schuldig. Soweit unsere Wahrnehmungen reichen, war es in den kritischen Tagen dieses Sommers unter unseren Regierungsmännern gerade Graf Beust, der an die deutsche Vergangenheit Oesterreichs mahnte und dadurch, daß er sich den österreichischen Chauvinisten, die eine französische Allianz wider Preußen zum Feldgeschrei erhoben, nicht beigefellte, den Erfolg seiner sehr französisch gesinnten Kollegen vereitelte. Wir, die wir den Dingen hier näher stehen und die wir keiner geringen Festigkeit bedurften, um wider das noch heute fortbauende Toben der hannoveranisch-hessischen Raufbolde und ihre schamlosen Verdächtigungen unbeirrt unsere Haltung zu bewahren, sehen hierin klarer als die Spener'sche Zeitung in Berlin.“ Aber auch in den Berliner Regierungskreisen wurde dieser plumpe Mugeschickte, und durch nichts berechtigte Angriff übel vermerkt. Graf Bismarck beeilte sich, als er den Artikel zu Gesicht bekam, an den norddeutschen Gesandten in Wien telegraphisch sein Bedauern über diese Auslassungen mitzutheilen, deren Veröffentlichung die Regierung völlig ferne stehe, und entschieden mißbillige. Herr v. Schweinitz theilte sofort dem Grafen Beust dieses Telegramm mit. Auch der „Preussische Staatsanzeiger“ brachte nach wenigen Tagen eine entschuldene Desavouirung dieses Artikels.

theilen, diesen oder jenen Minister zu wählen. Wenn Graf Bismarck keinen Anstand nahm, mit den Vertretern der noch von keiner europäischen Großmacht anerkannten, sogenannten französischen Republik in persönlichen Verkehr zu treten, so beweist dies, daß er an Persönlichkeiten überhaupt keinen Anstoß nimmt.

Wir haben sogar allen Grund überzeugt zu sein, daß man in Berlin es vorzieht, mit einem Staatsmann wie Graf Beust, in dessen Adern deutsches Blut rollt, zu verkehren, als etwa mit einem vom Hause aus Preußen absolut feindselig gesinnten czechischen, feudalen, oder clerikal gesinnten Magnaten. Darum mögen sich unsere Kollegen in Norddeutschland nicht gegen die Persönlichkeit des österreichischen Reichskanzlers ereifern, und endlich von der Meinung absteigen, als würden sie durch ihre Angriffe desselben der Verständigung zwischen Oesterreich und dem neuen deutschen Reiche nützen, und den Deutsch-Oesterreichern oder der preussischen Regierung eine Gefälligkeit erweisen. Was letztere betrifft, verweisen wir sie an das Presbureau des Staatsministeriums in Berlin. Bei genauerer Zufornation werden sie jedenfalls andere Ansichten zu hören bekommen. Was aber die Deutsch-Oesterreicher betrifft, so können wir unseren Kollegen versichern, daß diesen durch den Sturz des dormaligen Reichskanzlers nicht nur nichts gewinnen, sondern in ihren nationalen Interessen nur noch mehr bedroht werden würden, denn ein Sturz des Grafen Beust hätte heute nichts anderes zu bedeuten, als einen — wenn auch nur momentanen — Sieg der Reaction, d. h. der Coalition höfischer, czechisch-feudaler, militärisch-ultramontaner Elemente. Das wird man aber in Deutschland nicht wünschen, wenn man es ehrlich und aufrichtig mit uns meint. Wenn einzelne österreichische Blätter unvernünftig genug sind, die Persönlichkeit des großen Staatsmannes, der heute die Geschicke Deutschlands mit sicherer Hand, rücksichtsloser Energie und genialer Thatkraft leitet, zu schmähcn, so ist dies wahrlich für die norddeutschen Kollegen kein Grund Repressalien an dem österreichischen Kanzler zu nehmen. Das alte Sprichwort: Schlägst Du meinen Juden &c. ist hier nicht anwendbar, denn die Urheberchaft derartiger blödsinniger und überlebter Invectiven ist nicht etwa in dem „Palais am Ballplatz“ oder in der Herrengasse, sondern in weltlichen, heßischen und aristokratischen Kreisen zu suchen, die dem österreichischen Kanzler ebenfalls nicht grün sind. Die berechtigte Hochschätzung und Bewunderung des Grafen Bismarck die nach und nach die ganze Welt erfüllt, schließt eine gerechte Anerkennung und Achtung der unbestrittenen Verdienste des Grafen Beust

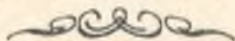
um die österreichisch-ungarische Monarchie nach Innen und Außen — namentlich den jüngsten Ereignissen gegenüber keineswegs aus. Schon Goethe sagte sehr richtig: „Es ist so schwer ein großes Talent zu fassen, geschweige denn zwei zugleich“. Es fällt uns da noch ein anderes Wort des großen deutschen Dichtersfürsten ein, das dem Herrn „Staatsminister von Weimar“ einmal entschlüpfte, als man wiederholt die Frage aufwarf: wer denn größer sei er (Goethe) oder Schiller. Fast zaudere ich dieses Wort hier in Anwendung zu bringen, doch da es aus dem Munde einer „Excellenz“, eines Staatsministers, also eines Collegen den Grafen Beust und Bismarck, und was noch mehr wiegt, aus dem Munde eines Goethe kam, so sei es hier citirt: „Da streiten sich die Leute herum, wer von größeren Talent und von größerer Bedeutung sei, ich oder der, statt sich darüber zu freuen, daß überhaupt ein paar solche Kerle da sind, worüber sie streiten können.“



Inhalt.



	Seite
Einleitung	1
I. Oesterreichs Vermittlungs-Politik vor Ausbruch des Krieges . . .	4
II. Graf Beust und die süddeutschen Staaten	9
III. Die Politik des Grafen Beust nach der Prager Frieden . . .	18
IV. Die Politik des Grafen Beust und die öffentlichen Kundgebungen in Oesterreich-Ungarn	24
V. Oesterreich-Ungarns Politik nach dem Kriege und seine Haltung dem neuen deutschen Bundesstaate gegenüber	40

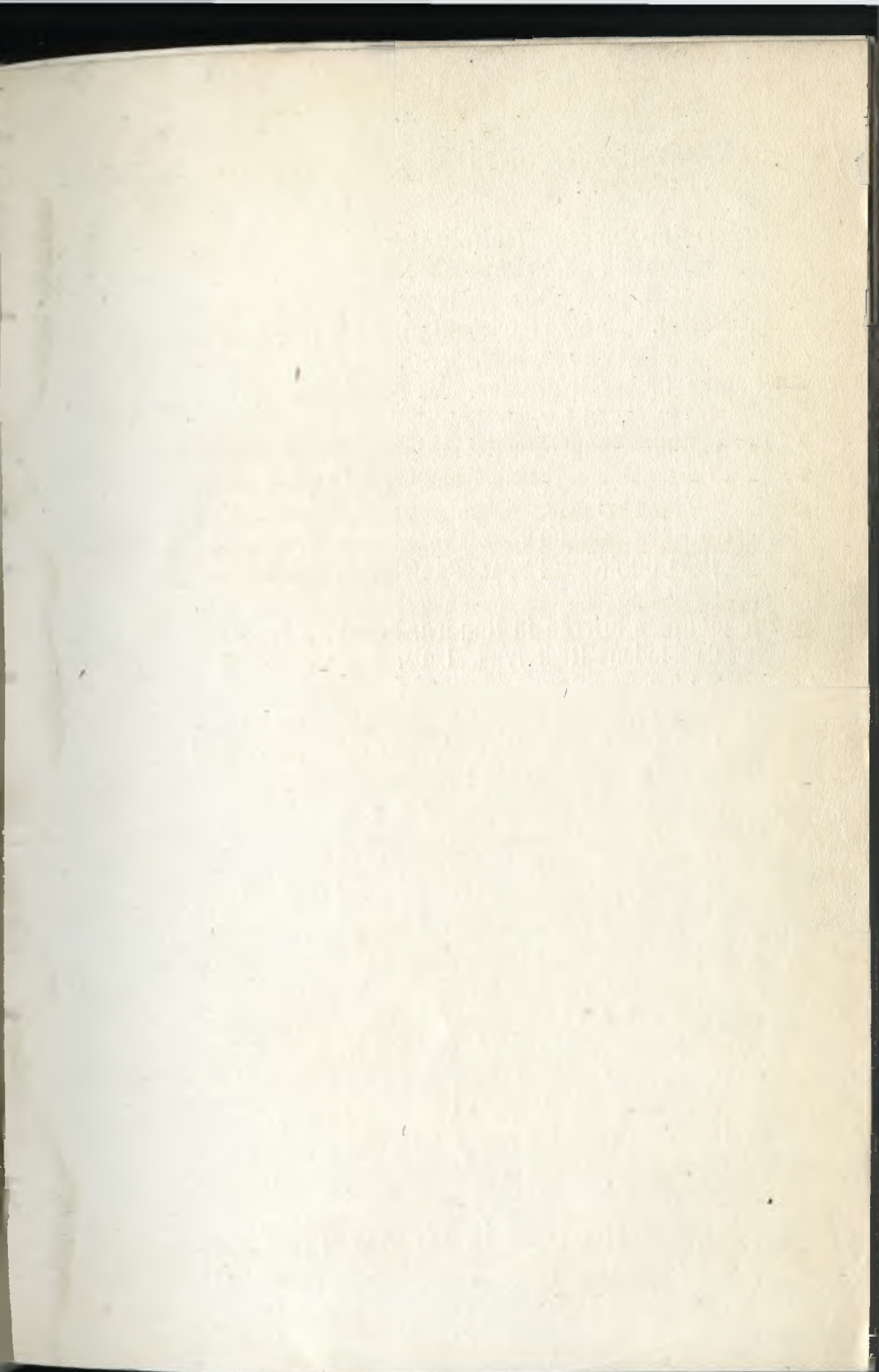


Inhalt.

— 172 —

40	1. Die erste Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des ersten Buchs enthält.	Einleitung
124	2. Die zweite Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des zweiten Buchs enthält.	
128	3. Die dritte Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des dritten Buchs enthält.	
132	4. Die vierte Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des vierten Buchs enthält.	
136	5. Die fünfte Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des fünften Buchs enthält.	
140	6. Die sechste Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des sechsten Buchs enthält.	
144	7. Die siebente Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des siebenten Buchs enthält.	
148	8. Die achte Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des achten Buchs enthält.	
152	9. Die neunte Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des neunten Buchs enthält.	
156	10. Die zehnte Abtheilung des Werkes, welche den Inhalt des zehnten Buchs enthält.	





Zu Ludwig Niguer's Verlag in Pest, Baitnergasse 18, Hotel National
ist erschienen :

Oesterreich-Ungarns Neutralität in einem künftigen Kriege; besprochen
mit Hinblick auf die Arkulay'sche Brochure von einem Huhären. Zweite
Auflage. Preis 80 kr. = 15 Sgr.

Graf Beust und die cisleithanischen Wirren. Eine Stimme aus Un-
garn. Preis 24 kr. = 5 Sgr.

Ungarn in der Realunion. Von Julius Schwarcz. I. Lieferung. Preis
80 kr. = 16 Sgr.

Der jüdische Kongreß in Ungarn, historisch beleuchtet. Beitrag zur Rechts-,
Religions- und Kunstgeschichte. Von Leopold Löw. Preis 2 fl.
80 kr. = 1 Rthl. 26 Sgr.

Portrait von Leopold Löw. Original-Cabinet-Photographie mit Facsimile.
Preis 60 kr. = 12 Sgr. Dasselbe Visitenkarten-Format. Preis 40 kr.
= 8 Sgr.

Die jüdischen Wirren in Ungarn. Beitrag zur Zeitgeschichte. Von Leon
da Modena Redivivus. I. Vor dem Congresse. 1. Preis 1 fl. =
20 Sgr.

**Ein Wort zu seiner Zeit über hebräischen Unterricht und konfessionelle
Schulen.** Von M. N. Rottenberg. Preis 50 kr. = 10 Sgr.

Die Katholiken-Autonomie in Ungarn. Wesen, Geschichte und Aufgabe
derselben. Dargestellt von Prof. Joh. Heinr. Schwicker. 2. Auflage
Preis 1 fl. = 20 Sgr.

Ungarischer Schulbote. Zeitschrift für das gesammte vaterländische Volks-
schulwesen. Herausgegeben und redigirt von Prof. Joh. H. Schwicker
und Jos. Rill. III. Jahrg. 1870. Prämumerationspreis ganzj. 3 fl. = 2 R.

Zur Reform des Universitätswesens in Ungarn. Preis 30 kr. = 6 Sg.

**Der Suez-Canal und seine Beziehungen zu den Handelsverhältnissen Un-
garns.** Von J. Ciotta. Preis 50 kr. = 10 Sgr.

Ugrische Sprachstudien. Von Dr. Josef Budenz. I. Nachweis und er-
klärung einer ursprünglicheren gestalt der pluralischen possessiv-affixe in
den ugrischen sprachen. Preis 1 fl. = 20 Sgr.

— II. Determination des nomens durch affigirten artikel im mordwinischen
und in einigen anderen ugrischen sprachen. Preis 1 fl. = 20 Sgr.

Demnächst erscheint :

Bei Franz Liszt in Weimar und Szexárd.

Zwei Künstlerwallfahrten im Beethoven-Jubeljahre. 1870. Von Dr. Jul. Lang.

